

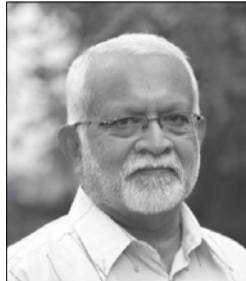


Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

China geht voran, eine neue Ära in der Weltpolitik ist angebrochen

von M. K. Bhadrakumar*

M. K. Bhadrakumar
(Bild zvg)

Die am 10. März in Peking verkündete Vereinbarung über die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran und die Wiedereröffnung ihrer Botschaften ist ein historisches Ereignis. Sie geht weit über eine Frage der saudi-iranischen Beziehungen hinaus. Chinas Vermittlung bedeutet, dass wir Zeugen einer grundlegenden Verschiebung der tektonischen Platten in der Geopolitik des 21. Jahrhunderts sind.

Die gemeinsame Erklärung, die am Freitag in Peking veröffentlicht wurde, beginnt mit der Feststellung, dass die saudi-iranische Vereinbarung «als Reaktion auf die noble Initiative von Präsident Xi Jinping» erzielt wurde. Spektakulär heisst es zu Beginn weiter, dass Saudi-Arabien und der Iran Xi Jinping und der chinesischen Regierung ihre «Wertschätzung und Dankbarkeit» dafür zum Ausdruck gebracht haben, «dass sie die Gespräche ausgerichtet und gefördert und sich für deren Erfolg eingesetzt haben».

Das gemeinsame Kommuniqué erwähnt auch, dass der Irak und Oman bei der Förderung des saudi-iranischen Dialogs in den Jahren 2021–2022 mitgewirkt haben. Auffallend ist jedoch, dass die Vereinigten Staaten, die seit fast acht Jahrzehnten traditionell die dominierende Macht in der westasiatischen Politik sind, nirgends genannt werden.

Versöhnung am Persischen Golf ohne USA

Dabei geht es doch um die Versöhnung zwischen den beiden grössten Regionalmächten in der Region des Persischen Golfs. Das Zurückweichen der USA bedeutet ein kolossales Versagen der amerikanischen Diplomatie. Er wird ein schwarzer Fleck im aussenpolitischen Vermächtnis von Präsident Biden bleiben.

Denn Biden muss die Schuld dafür auf sich nehmen. Dieses katastrophale Scheitern ist zum grossen Teil auf seinen Eifer zurückzuführen, seine neokonservativen Dogmen als Ergänzung zu Amerikas militärischer Macht durchzusetzen, sowie auf sein ständiges Beharren darauf, dass das Schicksal der Menschheit vom Ausgang des kosmischen Kampfes zwischen Demokratie und Autokratie abhängt.

China hat gezeigt, dass Bidens Übertreibungen wahnhaft sind und sich an den Realitäten stossen. Wenn Bidens moralistische, unüberlegte Rhetorik Saudi-Arabien entfremdet hat, so stiessen seine Versuche, den Iran zu unterdrücken, auf den hartnäckigen Widerstand Teherans. Und letztlich hat Biden sowohl Riad als auch Teheran buchstäblich dazu getrieben, nach Gegenkräften zu suchen, die ihnen helfen würden, seine unterdrückerische, anmassende Haltung zurückzuweisen.

Der demütigende Ausschluss der USA von der zentralen Bühne der westasiatischen

Wang Yi (Mitte), Chinas oberster Aussenpolitiker, Ali Shamkhani (rechts), Sekretär des iranischen Sicherheitsrates, und Musaad bin Mohammed Al Aiban, saudiarabischer Staatsminister.
(Bild chinesische Staatsmedien/Xinhua)

Politik stellt für die Supermacht einen «Suez-Moment» dar, vergleichbar mit der Krise, die Grossbritannien 1956 erlebte. Damals mussten die Briten erkennen, dass ihr imperiales Projekt in eine Sackgasse geraten war und dass die alte Art, die Dinge zu regeln – schwächere Staaten aus angeblicher Verpflichtung zur globalen Führung auf Linie zu bringen – nicht mehr funktionieren und nur zu einer katastrophalen Abrechnung führen würde.

Erstaunlich dabei sind die schiere Intelligenz, die intellektuellen Ressourcen und die «soft power», die China ins Spiel gebracht hat, um die USA zu überlisten. Die USA haben mindestens 30 Militärstützpunkte in Westasien – allein fünf in Saudi-Arabien –, aber sie haben die Führungsrolle verloren. Wenn man es genau nimmt, haben Saudi-Arabien, der Iran und China ihre bahnbrechende Ankündigung am selben Tag gemacht, an dem Xi Jinping für eine dritte Amtszeit als Präsident gewählt wurde.

China als Faktor des globalen Gleichgewichts

Was wir hier sehen, ist ein neues China unter der Führung von Xi Jinping, das über den hohen Berg tragt. Dennoch nimmt es eine bescheidene Haltung ein, die keine Lorbeeren für sich beansprucht. Es gibt keine Anzeichen für das «Syndrom des Reichs der Mitte», vor dem die US-Propagandisten gewarnt hatten.

Im Gegenteil, für die Weltöffentlichkeit – insbesondere für Länder wie Indien oder Vietnam, die Türkei, Brasilien oder Südafrika – hat China ein heilsames Beispiel dafür geliefert, wie eine demokratisierte multipolare Welt in Zukunft funktionieren kann – wie es möglich ist, die Grossmachtdiplomatie auf eine einvernehmliche, versöhnliche Politik, auf Handel und Interdependenz zu gründen und ein «Win-win-Ergebnis» zu erzielen.

Dies impliziert eine weitere wichtige Botschaft: China als Faktor des globalen Gleichgewichts und der Stabilität. Es sind nicht nur der asiatisch-pazifische Raum und Westasien, die zuschauen. Zu den Zuschauern gehören auch Afrika und Lateinamerika – eigentlich die gesamte nicht-westliche Welt, die die grosse Mehrheit der Weltgemeinschaft bildet und als globaler Süden bekannt ist.

Was die Pandemie und die Ukraine-Krise an die Oberfläche gebracht haben, ist die seit Jahrzehnten latent vorhandene geopolitische Realität, dass der globale Süden die vom Westen im Gewand des «liberalen Internationa-

lismus» verfolgte Politik des Neo-Merkantilismus ablehnt.

Der Westen strebt eine hierarchische internationale Ordnung an. Kein Geringerer als der Chef der EU-Aussenpolitik, Josep Borrell, hat dies kürzlich in einem unbedachten Moment mit einem Hauch von rassistischem Unterton herausposaunt, als er auf einer öffentlichen Plattform sagte: «Europa ist ein Garten. Der Rest der Welt ist ein Dschungel, und der Dschungel könnte in den Garten eindringen.»

Morgen könnte China auch die Hegemonie der USA über die westliche Hemisphäre in Frage stellen. Das jüngste Papier des chinesischen Aussenministeriums mit dem Titel «US-Hegemonie und ihre Gefahren» zeigt uns, dass Peking nicht länger in der Defensive sein wird.

Inzwischen findet auf der Weltbühne eine Neuordnung der Kräfte statt, mit China und Russland auf der einen und den USA auf der anderen Seite. Ist es nicht eine wichtige Botschaft, dass der saudiarabische Aussenminister Prinz Faisal bin Farhan Al Saud am Freitag, dem Vorabend der historischen Ankündigung in Peking, plötzlich zu einem «Arbeitsbesuch» in Moskau landete und sich mit Aussenminister Sergej Lawrow traf, der sichtlich erfreut war?

Natürlich werden wir nicht erfahren, welche Rolle Moskau hinter den Kulissen in Abstimmung mit Peking gespielt haben mag, um Brücken zwischen Riad und Teheran zu bauen. Wir wissen nur, dass Russland und China ihre aussenpolitischen Schritte aktiv koordinieren. Interessanterweise hatte Präsident Putin am 6. März ein Telefongespräch mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi.

Kühnheit der Hoffnung

Sicherlich wird die Geopolitik Westasiens nie wieder dieselbe sein. Realistisch betrachtet hat sich der erste Spatz des Frühlings gezeigt, aber das Eis war nur drei oder vier Ruten vom Ufer entfernt geschmolzen. Nichtsdestoweniger geben die Sonnenstrahlen Hoffnung und signalisieren, dass wärmere Tage bevorstehen.

Es ist denkbar, dass Riad nichts mehr mit den teuflischen Plänen zu tun haben wird, die in Washington und Tel Aviv ausgeheckt wurden, um eine Anti-Iran-Allianz in Westasien zu schaffen. Es liegt auch nicht im Bereich des Möglichen, dass sich Saudi-Arabien an einem US-israelischen Angriff auf den Iran beteiligt.

Dies isoliert Israel in der Region und macht die USA zahnlos. Inhaltlich macht es die fieberhaften Bemühungen der Regierung Biden zunichte, Riad zum Beitritt zu den Abraham-Abkommen zu bewegen.

Bezeichnenderweise stellte ein Kommentator in der «Global Times» jedoch etwas kühn fest, dass das saudi-iranische Abkommen «ein positives Beispiel für andere regionale Brennpunkthemen wie die Entspannung und Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts darstellt. Und in Zukunft könnte China eine wichtige Rolle dabei spielen, den Ländern eine Brücke zu bauen, um die seit langem bestehenden heiklen Probleme im Nahen Osten zu lösen, so wie es dieses Mal der Fall war.»

In der Tat heisst es in dem gemeinsamen Kommuniqué, das in Peking veröffentlicht wurde: «Die drei Länder [Saudi-Arabien, Iran und China] haben ihre Entschlossenheit bekundet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den regionalen und internationalen Frieden und die Sicherheit zu stärken.» Kann China ein Kaninchen aus dem Hut zaubern? Die Zeit wird es zeigen.

Vorerst wird die saudi-iranische Annäherung jedoch sicherlich positive Auswirkungen auf die Bemühungen um eine Verhandlungslösung im Jemen und in Syrien sowie auf die politische Lage in Libanon haben.

Westliche Sanktionen gegen Iran wirkungslos geworden

In dem gemeinsamen Kommuniqué wird betont, dass Saudi-Arabien und der Iran beabsichtigen, das Allgemeine Abkommen von 1998 über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Investitionen, Technologie, Wissenschaft, Kultur, Sport und Jugend wiederzubeleben. Alles in allem ist die Strategie des maximalen Drucks der Biden-Regierung gegenüber dem Iran gescheitert und die Sanktionen des Westens gegen den Iran sind wirkungslos geworden. Die politischen Optionen der USA gegenüber dem Iran sind geschrumpft. Der Iran gewinnt an strategischer Tiefe, um mit den USA zu verhandeln.

Das Entscheidende an den US-Sanktionen sind die Beschränkungen für den iranischen Ölhandel und den Zugang zu westlichen Banken. Es ist durchaus denkbar, dass es zu einer Gegenreaktion kommt, wenn Russland, der Iran und Saudi-Arabien – drei der wichtigsten Öl- und Gasförderländer – ihre Suche nach Zahlungsmechanismen beschleunigen, die den amerikanischen Dollar umgehen.

China diskutiert bereits mit Saudi-Arabien und dem Iran über eine solche Vereinbarung. Der chinesisch-russische Handel und die Wirtschaftstransaktionen versuchen, den amerikanischen Dollar für Zahlungen zu umgehen. Es ist klar, dass jede signifikante Erosion des Status des Dollars als «Weltwährung» nicht nur den Untergang der amerikanischen Wirtschaft bedeuten wird, sondern auch die Fähigkeit der USA, im Ausland «ewige Kriege» zu führen und ihre globale Hegemonie durchzusetzen, lahmlegen wird.

Unterm Strich ist die Versöhnung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran auch ein Vorläufer für die Aufnahme der beiden Länder in die BRICS in naher Zukunft. Sicherlich gibt es bereits eine russisch-chinesische Verständigung in dieser Hinsicht. Die BRICS-Mitgliedschaft von Saudi-Arabien und dem Iran wird die Machtdynamik im internationalen System radikal verändern.

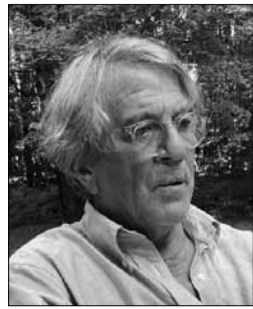
Quelle: www.indianpunchline.com vom 11.3.2023

(Übersetzung Zeit-Fragen)

* M. K. Bhadrakumar hat rund drei Jahrzehnte als Karrierediplomat im Dienst des indischen Aussenministeriums gewirkt. Er war unter anderem Botschafter in der früheren Sowjetunion, in Pakistan, im Iran und in Afghanistan sowie in Südkorea, Sri Lanka, Deutschland und in der Türkei. Seine Texte beschäftigen sich hauptsächlich mit der indischen Aussenpolitik und Ereignissen im Mittleren Osten, in Eurasien, in Zentralasien, Südasiens und im Pazifischen Asien. Sein Blog heisst Indian Punchline.

Chinas grosser Sprung in den Nahen Osten

von Patrick Lawrence*



Patrick Lawrence
(Bild zvg)

Am Freitag, 10. März, drehte sich das Rad der Geschichte, als iranische und saudiarabische Regierungsbeamte in Peking vereinbarten, ihre bilateralen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen, die Riad vor sieben Jahren abgebrochen hatte. Wenn

ich über diese bedeutsame Entwicklung am Wochenende nachdenke, würde ich sie in ihrer Tragweite auf eine Stufe mit der amerikanischen Niederlage in Vietnam im April 1975 stellen. Die Welt, in der wir seit dieser Woche leben, ist nicht dieselbe wie die Welt, in der wir die Woche davor gelebt haben.

Drei Federstriche

Mit einem Federstrich – eigentlich mit drei Federstrichen – haben China, die Islamische Republik und das saudische Königreich die grundlegende Dynamik der Weltpolitik verändert. Die beiden Mächte des Nahen Ostens haben die historische und oft bössartige Kluft zwischen dem sunnitischen und dem schiitischen Islam überwunden. Und indem sie beide Parteien an den Mahagoni-Tisch begleitet hat, hat die Volksrepublik einen Auftritt auf der Bühne der Weltmächte hingelegt, der einer chinesischen Oper würdig ist.

Nicht-westliche Lösungen für nicht-westliche Probleme: Auf dieses Thema habe ich schon seit Jahren immer wieder hingewiesen. Was sich letzte Woche im Aussenministerium in Peking abgespielt hat, zeigt, wie dies in der Praxis aussieht. Die Parität zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen ist ein weiteres Thema, das mich seit vielen Jahren beschäftigt. Was Peking gerade gefördert und auf den Weg gebracht hat, indem es zwei Jahrtausende diplomatischer Kunstfertigkeit in die Waagschale geworfen hat, ist ein hervorragendes Beispiel dafür, was erreicht werden kann, wenn diese Notwendigkeit vollständig erkannt wird.

Ich sollte besser gleich einen wesentlichen Punkt klarstellen. Dieses neue saudiranische Bündnis ist weder die Art Chinas noch die des saudischen Königreichs oder des Irans, Washington eine Sahnetorte ins Gesicht zu werfen. Wir sollten uns von dieser Fehlinterpretation fernhalten, auch wenn sie in verschiedenen westlichen Nachrichten auftaucht.

Ja, die USA sind der Machtmakler, der Waffenlieferant und der diplomatische Zeremonienmeister des Nahen Ostens – seit Wa-

shington 1931 den ersten Deal mit dem lange regierenden König Abdulaziz al-Saud abgeschlossen hat: Öl gegen Sicherheit.

Ja, die Amerikaner irren plötzlich in den Wüsten des Nahen Ostens umher, plattfüssig und benommen und mit abgesägten Hosen. *Indian Punchline*, die Internet-Zeitschrift von M. K. Bhadrakumar, einem Berufsdiplomaten im indischen Auswärtigen Dienst, bezeichnete dieses Zurückweichen neulich als «ein kolossales Versagen der amerikanischen Diplomatie»¹. Ja, schon wieder. Aber es ging in Peking, Riad oder Teheran nicht darum, Washington blosszustellen. Es handelt sich eher um einen Kollateralschaden.

Aufbau einer neuen Weltordnung

Es geht um den Aufbau einer neuen Weltordnung, die in grossem Masse von der Grausamkeit, der Zerstörung und den Entbehrungen der «regelbasierten Ordnung» angetrieben wird, die Washington und seine westlichen Verbündeten seit den Siegen von 1945 durchgesetzt haben. Das Motiv, das alle drei Unterzeichner dieses Abkommens teilen, ist nicht Rache, Bosheit oder Spott. Es ist Ab-

«Was Peking gerade gefördert und auf den Weg gebracht hat, indem es zwei Jahrtausende diplomatischer Kunstfertigkeit in die Waagschale geworfen hat, ist ein hervorragendes Beispiel dafür, was erreicht werden kann, wenn diese Notwendigkeit erst einmal vollständig erkannt ist.»

hilfe. Sie spiegelt die gemeinsame Einschätzung wider, dass die Unordnung der auf Regeln basierenden Ordnung ausser Kontrolle geraten ist und mit wachsender Dringlichkeit beseitigt werden muss.

Ich muss mich wundern, mit welcher Geschwindigkeit sich unser Planet dreht. Neue und verstärkte Süd-Süd-Partnerschaften und Bündnisse, immer dichtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen nicht-westlichen Nationen, die Ausweitung multilateraler Organisationen wie der BRICS und der *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit*, der SCO, der messbare Anstieg antiimperialistischer Stimmung überall, ausser im Westen, und jetzt Chinas Entwurf einer neuen Weltordnung: Dinge, von denen ich früher dachte, dass sie erst in Jahrzehnten, wenn überhaupt zu meinen Lebzeiten, eintreten würden, spielen sich vor unseren Augen ab.

Dies ist der Kontext, in dem wir das neue saudiranische Abkommen sehen sollten. Der Wortlaut der *gemeinsamen trilateralen Erklärung*², die das Aussenministerium am 10. März veröffentlicht hat, macht dies sehr deutlich.

Da sind die Formalitäten: Die Botschaften in Teheran und Riad sollen «innerhalb eines Zeitraums von nicht mehr als zwei Monaten» wiedereröffnet werden. Der iranische und der saudische Aussenminister, *Hossein Amir-Abdollahian* bzw. Prinz *Faisal bin Farhan*, «werden sich treffen, um dies umzusetzen, die Rückkehr ihrer Botschafter zu veranlassen und Mittel zur Verbesserung der bilate-

ralen Beziehungen zu erörtern». Ein Abkommen von 1998, das Handel und Investitionen, Wissenschaft, Kultur, Sport und Jugend umfasst, soll umgesetzt werden. Fast noch wichtiger ist sicherlich ein 2001 unterzeichnetes Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.

Gemeinsames Schicksal

Und dann sind da noch die grösseren Ideen, die in der gemeinsamen Erklärung enthalten sind. Die drei Unterzeichner verpflichten sich, «die Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit sowie internationale Konventionen und Normen zu befolgen». In der Erklärung heisst es ausserdem, dass sie «den gemeinsamen Wunsch haben, die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen durch Dialog und Diplomatie und im Lichte ihrer brüderlichen Beziehungen zu lösen» und dass beide Seiten «die Achtung der Souveränität der Staaten und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten bekräftigen». Faisal bin Farhan, der saudische Aussenminister, drückte es in einer *Twitter*-Nachricht nach

Bekanntgabe des Abkommens so aus: «Die Länder der Region teilen ein gemeinsames Schicksal.»

Was sollen diese Länder anderes tun, wenn sie sich nicht zu einer gemeinsamen, nicht-westlichen Identität bekennen, einer Identität, die auf den Prinzipien einer neuen Weltordnung beruht, die Schritt für Schritt Gestalt annimmt und sich verfestigt?

Bösartiges Wunschdenken und Unkenntnis

Ich weiss nicht, warum ich hie und da in der westlichen Presse lese, dass dieses Abkommen wackelig ist und vielleicht nicht hält, dass es vielleicht nie zur Wiedereröffnung der Botschaften kommt und dass die soeben zitierten Äusserungen irgendwie «hauchdünn» sind, wie es ein Korrespondent der «New York Times» in einem Bericht aus Riad am vergangenen Wochenende ausdrückte. Vielleicht nicht, weil so viele Dinge, die wir erwarten, nicht eintreffen. Aber solche Zweifel auf der Grundlage von «Wer weiss schon was» zu äussern, zeugt von bösartigem Wunschdenken und Unkenntnis der jüngsten Geschichte. Es ist eine hauchdünne Annahme.

Die Saudis und die Iraner arbeiten seit Jahren auf diplomatischer Ebene zusammen, ungeachtet all der schrecklichen Beschimpfungen und Denunziationen und der bösartigen Feindseligkeit, die der Krieg im Jemen hervorgerufen hat. Das *Biden*-Regime hat es nicht geschafft, die Beziehungen zu Teheran wiederzubeleben, und hat die Beziehungen

zu Riad verpatzt, insbesondere während des unglaublich ungeschickten Treffens von Joey Biden mit Kronprinz *Mohammed bin Salman* im vergangenen Jahr.

Auf chinesischer Seite ist das Festland heute nach den USA der zweitgrösste Markt für saudische Erdölprodukte, und Riad möchte in die SCO aufgenommen werden. Vor zwei Jahren, in diesem Monat, reiste *Javad Zarif*, Teherans viel vermisteter Aussenminister während der Reformjahre unter *Hassan Rouhani*, selbst nach Peking, um ein lange ausgehandeltes, vielseitiges Wirtschaftsabkommen im Wert von 400 Milliarden Dollar über die nächsten 23 Jahre abzuschliessen. Ich sehe in diesen wachsenden Beziehungen nichts Unscharfes. Die «Times»-Korrespondentin in Riad hat ihre Hausaufgaben einfach nicht gemacht.

Herausforderung und Hoffnung

Im vergangenen Monat veröffentlichte das chinesische Aussenministerium kurz hintereinander drei Dokumente³, in denen Pekings Absicht, eine führende Rolle in der Geopolitik und der multilateralen Diplomatie zu übernehmen, unmissverständlich zum Ausdruck kam. Das zweite dieser Dokumente, «The Global Security Initiative Concept Paper», begann mit folgenden Worten:

«Dies ist eine Ära voller Herausforderungen. Es ist aber auch eine Zeit voller Hoffnung. Wir sind überzeugt, dass die historischen Trends des Friedens, der Entwicklung und der Win-win-Kooperation unaufhaltsam sind. Die Wahrung des Weltfriedens und der Sicherheit sowie die Förderung der globalen Entwicklung und des Wohlstands sollten das gemeinsame Streben aller Länder sein.»

Im nachhinein bin ich mir fast sicher, dass diese ehrgeizigen, schüchternen Papiere das Projekt von *Wang Yi* waren, Chinas oberstem Mann für Aussenpolitik und dem Zeremonienmeister, der die Gespräche zwischen den beiden führenden Mächten am Persischen Golf beaufsichtigt. Ich bin mir auch sicher, dass Wang als Choreograph fungierte, um die Veröffentlichung dieser drei politischen Erklärungen kurz vor dem diplomatischen Durchbruch der letzten Woche zu koordinieren. Ich muss allerdings zugeben, dass ich überrascht bin, wie schnell Wang das geschafft hat. «Wow» ist unser Wort.

Ich höre das Geräusch einer einzelnen klatschenden Hand⁴, während das *Biden*-Regime so tut, als würde es dieser neuen Verbindung applaudieren. Und wie nicht anders zu erwarten, nehmen die Beamten und Think tanks in Washington den diplomatischen Triumph Pekings mit einem Achselzucken zur Kenntnis. Das ist es, was sie tun, wenn sie nicht ertragen können, was das 21. Jahrhundert zu bieten hat. Sie zucken zurück. Schliesslich haben sie im Nahen Osten weder Nichteinmischung noch Respekt vor der Souveränität zu verkaufen. Nur das Gegenteil, und der Markt für diese Produkte ist gerade stark eingebrochen.

Ich zögere, eine Prognose darüber abzugeben, wie der Nahe Osten aussehen wird, wenn China eine Rolle übernimmt, die sehr wahrscheinlich die der USA in einem Fall nach dem anderen übertrumpfen wird. Aber wenn ich es müsste, würde ich sagen, dass die USA weiterhin eine Politik betreiben werden, die immer wieder scheitert, und China wird weiterhin das tun, was es gerade getan hat. Voller Herausforderungen und voller Hoffnung – das ist das Beste, was ich im Moment anbieten kann. •

Quelle: *Scheerpost* vom 14.3.2023
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

¹ siehe Artikel auf Seite 1 (Anm. d. Red.)

² https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202303/t20230311_11039241.html vom 10.3.2023

³ <https://thescrum.substack.com/p/china-stands-up-again> vom 7. März 2023

⁴ Mit der Formulierung «das Geräusch einer einzelnen klatschenden Hand» ist gemeint, dass der «Applaus» der *Biden*-Regierung zur neuen Verbindung unlogisch und verlogen ist. (Anm. d. Red.)

Die Entdollarisierung der Welt macht Fortschritte

von Emir Sader

Das Abkommen zwischen den Zentralbanken Russlands und des Irans ist ein weiterer Schritt im Prozess der Entdollarisierung der Weltwirtschaft. Im Rahmen des Abkommens werden 52 iranische Banken mit 106 russischen Banken verbunden sein. Die Verwendung des *Rubels* und des *Rial* macht mehr als 60 Prozent des Handels zwischen den beiden Ländern aus, wodurch westliche Sanktionen vermieden und Handelsprobleme zwischen den beiden Ländern gelöst werden.

Die Zentralbanken der beiden Länder arbeiten an der Einführung einer gemeinsamen Handelswährung, die den US-Dollar ablösen soll. Es handelt sich um eine digitale Währung, die durch Gold gedeckt wäre. Mit diesen Massnahmen ist Russland zum grössten Investor im Iran geworden, auf den 45 Prozent der gesamten ausländischen Investitionen entfallen. Russland investiert in Energieprojekte, Eisenbahnen, Automobilbau und Landwirtschaft.

All dies ist Teil des Abkommens, das der russische Präsident *Wladimir Putin* und der chinesische Präsident *Xi Jinping* im September 2022 in Samarkand geschlossen haben und das auf die Stärkung der multipolaren Welt abzielt. Putins Gespräche mit dem iranischen Präsidenten *Ebrahim Raisi* in Samarkand basierten auf einer tiefgreifenden gemeinsamen Strategie der beiden Länder.

Die Pläne Russlands und Irans sind in den Rahmen der «Östlichen Achse» eingebettet, die die regionalen Staaten Russland, China, Indien und Zentralasiens privilegiert.

Die globale Dimension dieses Trends ist mit der Bildung und Stärkung der BRICS verbunden. Im Jahr 2023 werden sie die Entwicklung ihrer gegenseitigen Finanzzahlungssysteme und ihrer eigenen Reservewährung vertiefen. Es gibt mindestens 13 bestätigte Kandidaten für den Beitritt zu

den BRICS, darunter Argentinien, der Iran, Saudi-Arabien und Indonesien.

Der Vorschlag Brasiliens zur Schaffung einer gemeinsamen südamerikanischen Währung geht in die gleiche Richtung. Diese Währung mit dem Namen *Sur* soll für den Handel zwischen den Ländern der Region, angefangen mit Argentinien und Brasilien, verwendet werden. Es soll eine südamerikanische Zentralbank gegründet werden, die sich auf brasilianische Reserven stützt.

All dies stärkt den internationalen Prozess der Entdollarisierung des internationalen Handels und schwächt die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA auf der Weltbühne. Der Kampf um die Schaffung einer multipolaren Welt verläuft parallel zum Entdollarisierungsprozess des Welthandels. •

Quelle: <https://www.pagina12.com.ar/525406-ladesdolarizacion-avanza-en-el-mundo> vom 20.2.2023 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Aus russischer Sicht

Die Russland-Sanktionen sind für Russland auch eine grosse Chance

von Dmitri Trenin*



Dmitri Trenin
(Bild Svetlana TB
auf wikimedia.org)

Trotz der enormen Bedeutung der Ereignisse an den Fronten in der Ukraine und in den Beziehungen zwischen Russland und dem kollektiven Westen fanden und finden die wichtigsten Veränderungen der letzten zwölf Monate in Russland selbst statt. Diese Veränderungen sind enorm: Sie kündigen eine neue Form – einen neuen Gesellschaftsmodus – der Russischen Föderation an.

Zehntausende westlicher Sanktionen haben dem ehemaligen Modell Russlands als «Tankstellenland», um die berühmte verächtliche Definition des verstorbenen US-Senators McCain zu zitieren, einen unermesslichen Schlag versetzt. Die russische Wirtschaft ist jedoch nicht nur widerstandsfähig, sie wird sogar noch widerstandsfähiger werden. Darüber hinaus haben die Sanktionen die Wirtschaft auf einen Weg gebracht, der zuvor durch die beharrlichen Interessen der russischen Eliten mit ihrem westlich orientierten Denken behindert wurde. Die erzwungene Beendigung der Offshore-Politik durch die Beschlagnahmung des russischen Privateigentums im Westen hat die Reste der Oligarchie zerstört – nun auch im wirtschaftlichen Sinne. Das Einfrieren der Devisenreserven der Russischen Zentralbank und ihre drohende Beschlagnahmung haben die Entdollarisierung enorm gefördert. Die Notwendigkeit, die ausgefallenen Importe aus dem Westen zu ersetzen, hat die industrielle Produktion im Land stimuliert. Es wurden bereits Pläne für eine Wiederbelebung des zivilen Flugzeugbaus und eine deutliche Vergrößerung der Satellitenkonstellation ausgearbeitet, und es wurde die ambitionierte Aufgabe ins Pflichtenheft genommen, die technologische Souveränität des Landes wiederherzustellen.

Auf politischer Ebene hat sich die Elite zurückgezogen. Ein kleiner Teil von ihr hat sich entschlossen, in den Westen zu emigrieren, wo sie näher an ihrem zuvor übertragenen Vermögen ist. Diejenigen, die bleiben, ob sie nun aufrichtig sind oder nicht, scharen sich um die amtierenden Behörden. Viele warten ab und hoffen (aus unserer Sicht vergeblich), dass die Behörden gezwungen sein werden, Frieden mit dem Westen zu schliessen und dass alles wieder so wird, wie es vorher war (was nicht der Fall sein wird). Gleichzeitig ist der patriotische Flügel innerhalb der Elite stärker und aktiver geworden, dessen Interessen fest mit Russland verbunden sind. Für die einen ist dies ein Ruf der eigenen Seele, für die anderen ein kaltes Kalkül, aber das ist nicht so wichtig: Die Bedingungen des politischen Lebens in Russland haben sich entscheidend verändert, und die Ausrichtung auf das Innere von Russland ist jetzt eindeutig stärker als die bisherige Ausrichtung auf total verschiedene Ziele. Die politischen Parteien sind noch auf der Suche nach ihrem Platz im System, aber sie arbeiten bereits auf einer parteiübergreifenden patriotischen Ebene, die zwar durch ideologische Streitereien und die politischen Ambitionen ihrer Führer noch behindert wird, der Staat hingegen legt den Schwerpunkt auf die Sozialpolitik.

Nicht die Sanktionen, die Teilmobilisierung hat die Bevölkerung aufgerüttelt

Die russische Gesellschaft hat den gleichen Schock erlitten wie die Wirtschaft, aber weniger durch die Sanktionen als durch die Mobilisierung, die die drei vorherigen Generationen nicht mehr kannten. Die Gesellschaft hat einen unerwarteten und schweren



Das Innovationszentrum Skolkowo ist ein im Aufbau befindliches russisches Forschungs- und Industriegebiet nach dem US-Vorbild des Silicon Valley, in dem hochmoderne Technologien entwickelt werden sollen. Es wird im Moskauer Vorort Skolkowo ausgebaut, rund 17 km westlich des Moskauer Stadtzentrums. (Bild https://www.flickr.com/photos/sk_en/7165823663/)

Schlag erlitten, ist aber nicht zusammengebrochen. Ja, Hunderttausende von Menschen, hauptsächlich aus dem liberalen Teil der Gesellschaft, gingen ins Ausland – zumindest für die Dauer des Krieges. Diejenigen, die geblieben sind, wurden durch den Krieg eher aufgerüttelt. Der Spezialeinsatz der professionellen Militärangehörigen war vorbei, und der Staat brauchte einen landesweiten Einsatz für den Sieg. 300 000 Kämpfer wurden aufgebieten, und nicht alle von ihnen werden nach Hause zurückkehren. Neben diesen militärischen Kämpfern entsteht aber auch eine Gruppe von Bürgern – Patrioten der Tat, nicht der Proteste. Dazu gehören verschiedene Formen der Freiwilligenarbeit, Aktivisten, die Spenden für Soldaten und ihre Familien sammeln, Kriegsberichterstatter auf dem Schlachtfeld und Musiker an der Front. Die Menschen in Kriegssituationen fordern von ihren Behörden nicht nur Professionalität und Verantwortungsbewusstsein, sie versuchen auch, die Situation mit ihren eigenen Mitteln zu verbessern.

Auch das kulturelle Leben ist betroffen

Das russische Kulturmilieu hat seine eigenen Verluste erlitten. Eine Reihe von Stars unterschiedlicher Prominenz hat das Land verlassen. Die Auswahl an Filmen und anderen massenkulturellen Produkten aus den USA ist infolge des Boykotts Russlands durch westliche Vertriebsunternehmen geschrumpft. Einige US-amerikanische Webseiten für Soziale Medien wurden in Russland verboten, weil sie Gewaltpropaganda gegen Russen zulassen. Vor diesem Hintergrund hat sich in unserem Land ein Wandel vollzogen, der sich von einer Kultur der Unterhaltung und des Vergnügens hin zu einer Kultur der Werte und der Dienstleistung vollzieht. Unterdessen wird die westliche Kultur in Russland – sowohl die historisch-klassische als auch die zeitgenössische – nicht verfolgt, im Gegensatz zur russischen Kultur, die zum ersten Mal in der Geschichte im Westen unterdrückt wird und von einem totalen Verbot bedroht ist. Diese Situation löst in der russischen Gesellschaft nicht nur Empörung aus. In dieser Gesellschaft wird ein «russischer Geist», der schon lange nicht mehr in Mode war, neu geweckt und gestärkt.

Es entsteht wieder eine Besinnung auf die russische Identität

Der endgültige Bruch zwischen dem offiziellen Russland und dem modernen westlichen Liberalismus hat bei den Behörden und den Eliten die Frage nach der Notwendigkeit eines russischen Gesellschaftsideals aufgeworfen. Der Pragmatismus, dem die regierende und herrschende Klasse des Landes lange Zeit gefolgt war, erwies sich als fehlerhaft. Der Patriotismus, der lange Zeit als Ersatz für die Ideologie angeboten worden war, erwies sich als unzureichend. Der in jüngerer Zeit geförderte Konservatismus betont nur den Schutz gegen Veränderungen und bietet keine Zukunftsvision. Es gibt auf diese Problematik noch keine adäquate Antwort, aber

ernsthafte Bemühungen, die nationale Geschichte ohne Ausgrenzungen und Verzerrungen zu begreifen, eine Reihe wesentlicher Grundwerte zu erarbeiten, ohne in Archaik zu verfallen, und Bildung und Erziehung wieder miteinander zu verbinden, deuten auf eine Bewegung hin, die es in diesem Bereich seit langem nicht mehr gegeben hat.

Der Krieg hat nicht zuletzt auch im militärischen Bereich vieles verbessert

Der Krieg stellte die Streitkräfte des Landes, das gesamte nationale Sicherheitssystem und den militärisch-industriellen Komplex auf eine besonders harte und brutale Probe. Wie in diesem Bereich üblich, unterscheiden sich die Bedingungen in Kriegzeiten deutlich von denen in Friedenszeiten. Die Distanz von Paraden und den Berichten darüber zu Berichten über reale militärische Aktionen und dem realen Verhalten des geopolitischen Gegners ist immer beträchtlich. Es gibt jedoch nichts Wertvolleres als direkte militärische Erfahrung. Der Preis für diese Erfahrung ist allerdings immer sehr hoch, aber das Ergebnis der enormen Anstrengungen ist eine Armee, ein Geheimdienst und ein militärisch-industrieller Komplex von viel höherer Qualität als vor dem Krieg. Die russische Armee von heute ist noch nicht die Rote Armee in der Schlussphase des Grossen Vaterländischen Krieges, aber sie ist auch nicht mehr dieselbe, die sie noch vor ein paar Jahren war.

Für Russland ist der Ausgang des Krieges existentiell

Die Veränderungen in der russischen Aussenpolitik können mit einem Erdbeben verglichen werden. Die Beziehungen zum Westen haben sich von einem Zustand der politischen Auseinandersetzung zu einem Zustand der aktiven militärischen Konfrontation entwickelt. Zum ersten Mal in der Geschichte befindet sich Russland – bisher indirekt – im Krieg mit einer Koalition, die ausnahmslos alle westlichen Länder umfasst. Für die USA und Europa ist die Konfrontation mit Russland von grundlegender Bedeutung, aber für Russland ist sie buchstäblich existentiell. Nicht nur das Schicksal Russlands, seine Grenzen und seine Stellung in der Welt werden jetzt entschieden, sondern auch die Frage seiner weiteren Existenz. Gleichzeitig hat der Krieg, der die grösste Bedrohung für unser Land darstellt, ihm neue Möglichkeiten eröffnet. Die seit langem erklärte, aber auf Grund des jahrhundertelangen Durchhaltens des westlichen Zentrismus nicht ausreichend umgesetzte Hinwendung zum Osten erhält einen neuen, einen starken Impuls. Es ist nicht nur möglich, sondern auch unerlässlich, jetzt die Wende zu schaffen. Während Russlands Armee dem Westen zugewandt ist, konzentrieren sich Wirtschaft und Diplomatie zunehmend auf Asien, den Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika – die sogenannte «Globale Mehrheit», die auf absehbare Zeit die wichtigste aussenpolitische und aussenwirtschaftliche Ressource der russischen Politik sein wird.

Vom Problem zur Chance

Der Bruch mit dem Westen und die direkte Konfrontation mit ihm haben nicht nur eine Reihe schwerwiegender Probleme geschaffen, sondern uns auch viele einzigartige Chancen eröffnet. Das einzige, was man tun muss, ist, sie zu nutzen, indem man realistische Ziele formuliert und eine Strategie entwickelt, um sie zu erreichen.

Russlands Wirtschaftssystem ist in den letzten drei Jahrzehnten enorm stressresistent geworden. Die nationale Wirtschaft ist sehr widerstandsfähig, flexibel und einfallreich. Sie ist in der Lage, in fast jedem Umfeld zu überleben, aber sie ist auch sehr entwicklungsfähig. Das Land ist bereit für ein rasches Wirtschaftswachstum, vorausgesetzt, die Geldpolitik ist korrekt. Russland verfügt über enorme Ressourcen, aber wir müssen vom Handel mit diesen Ressourcen zur Verarbeitung im eigenen Land und zum Export von Fertigprodukten übergehen. Während wir die Produktion ausbauen, sollten wir gleichzeitig die Binnennachfrage nach einheimischen Produkten stärken. Und dies erfordert eine Änderung der etablierten Logistikketten. Der Austausch einiger ausländischer Lieferanten gegen Lieferanten aus anderen, selbst aus befreundeten Ländern, trägt nicht zur Entwicklung bei.

Der Staat sollte zu einer Industriepolitik übergehen und mit den Unternehmen zusammenarbeiten, anstatt zu versuchen, einen staatlichen Plan zu erstellen. Wir müssen der Industrie billiges, langfristiges Geld – sagen wir zu 3 % für 15 Jahre – für die Entwicklung durch Projektfinanzierung geben, ohne das Kerngeschäft zu belasten, ohne Hypotheken usw., wobei die einzige Sicherheit die Aktien der Projektgesellschaft sind. Dies wird nicht zu einer zusätzlichen Inflation führen: Das Geld wird der Industrie für spezifische langfristige Projekte zur Verfügung gestellt, nicht für billige Verbraucher Kredite, die so aufgebläht sind, dass sie zu einem sozialen Problem geworden sind. Der Staat hat die Entwicklung der Infrastruktur bereits zu einer Priorität gemacht, aber der Mechanismus der öffentlich-privaten Partnerschaften und Konzessionen kann eine wichtige Rolle bei der Beschleunigung des Prozesses spielen.

Auch Wissenschaft und Technologie müssen gefördert werden

Auch bei der Entwicklung der angewandten Wissenschaft und Technologie kommt dem Staat eine Schlüsselrolle zu. Diese Entwicklung sollte durch die Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern wie Indien und einer Reihe anderer nicht-westlicher Länder unterstützt werden. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, sich aktiv in der technischen Ausbildung zu engagieren und hochqualifiziertes Personal für die russische Industrie auszubilden, um so den akuten Personalmangel zu beheben.

In den Aussenwirtschaftsbeziehungen ist der Verlust von stagnierenden Märkten in Europa nicht kritisch, wenn neue Wachstumsmärkte erschlossen und neue Logistik geschaffen wird. Bestehende Verkehrskorridore nach China werden ausgebaut, aber die wichtigste Priorität ist jetzt die Entwicklung des Nord-Süd-Verkehrskorridors über das Kaspische Meer in den Iran und weiter in die Region des Indischen Ozeans. Indien, eine der führenden Volkswirtschaften der Welt, und die Regionen des Nahen Ostens, Ostafrikas und Südasiens – eineinhalb Milliarden Menschen! – sind ein riesiges Betätigungsfeld für russische Unternehmen.

Das Geld muss mehr im Inland investiert werden

Im politischen Bereich ist die Umorientierung der Eliten auf mehr landesinnere Ziele seit langem ein erklärtes Ziel. Dieses Ziel wurde nie erreicht. Der Krieg in der Ukraine hat die Eliten vor die Wahl gestellt: mit Russland oder mit ihrem ins Ausland exportierten Kapital. Ausländisches Eigentum und Vermögen sind jedoch bereits

Fortsetzung auf Seite 4

* Dmitri Trenin ist Forschungsprofessor an der «Higher School of Economics» in Moskau und einer der führenden Forscher am IMEMO RAS. Er hat diesen Artikel für die russische Nachrichtenagentur regnum.ru geschrieben.

Bundesrat bleibt beim Wiederausfuhrverbot von Schweizer Waffen – gegen in- und ausländische Kräfte

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Am 10. März 2023 hat der Bundesrat eine Medienmitteilung unter dem Titel «Ukraine: Bundesrat bekräftigt seine Haltung hinsichtlich der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial durch Drittstaaten» veröffentlicht. Darin stellt er sich hinter die kürzlichen Entscheide des Parlaments gegen die Schwächung des Wiederausfuhrverbots, was er mit den Worten begründet: «Dabei stützt er sich einerseits auf das Kriegsmaterialgesetz und andererseits auf die von der Schweiz vertretenen Werte, ihre Neutralität, ihre Tradition der Humanitären Hilfe, ihre Verpflichtung für das Humanitäre Völkerrecht und die Genfer Konventionen sowie ihre internationale Praxis im Bereich der Friedensvermittlung.»

Zudem bekräftigt der Bundesrat seine Ablehnung der Gesuche von Deutschland, Dänemark und Spanien für die Weitergabe von aus der Schweiz gekauftem Kriegsmaterial an die Ukraine. Dabei verweist er auf Artikel 22a des Kriegsmaterialgesetzes, wonach «Gesuche für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nicht bewilligt [werden], wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist. Das ist bei der Ukraine und Russland der Fall.» Auch wendet die Schweiz gegenüber der Ukraine und Russland das Neutralitätsrecht an, so der Bundesrat weiter: Danach hat die Schweiz «gemäss Artikel 7 in Verbindung mit Artikel 9 des Fünften Haager Übereinkommens von 1907» «bei Waffenexporten das Gleichbehandlungsgebot zu beachten».

Eine klare und allgemein verständliche Stellungnahme.

Bundespräsident Alain Berset (SP) erklärt in der NZZ am Sonntag die Haltung des Bundesrates

Seit dem Interview mit Bundespräsident Berset am 12. März¹ reissen die entrüsteten Reaktionen gewisser Schweizer Politiker – und ausländischer, die der Schweiz vorschreiben wollen, was sie zu tun habe! – sowie der Mainstream-Medien von Zürich bis New York nicht mehr ab. Dabei reitet man vor allem auf dem Begriff «Kriegsrausch» herum und lenkt damit von den anderen Inhalten ab. Tatsächlich erklärt Berset im Interview die Stellungnahme des Bundesrats vom 10. März, selbstverständlich mit seiner eigenen, persönlichen Note. Der Schweizer Bundesrat ist eine Konkordanzregierung, das heisst, seine Mitglieder haben die gemeinsam getroffenen Mehrheitsentscheidungen nach aussen zu vertreten. Dies tut Bundespräsident Berset und ergänzt: Dies sei die Position des Bundesrates und auch seine persönliche Haltung, und diese Haltung werde auch vom Parlament gestützt.

Was dem SP-Politiker vielerorts besonders übel vermerkt wird, ist seine Überzeugung, dass die Ukraine-Krise nicht mit Waffen gelöst werden kann: «Es wird dereinst Verhandlungen mit Russland geben müssen. Je früher, desto besser.» Zwei Tage später erhielt Berset Unterstützung vom weltbekannten Alt-SP-Nationalrat Jean Ziegler: Mit seinen Aussagen verkörpere Berset «absolut glaubwürdig eine traditionelle pazifistische, antimilitaristische Grundhaltung, welche in der sozialistischen Bewegung bis heute stark ist». Die SP in der Romandie sei aus historischen Gründen viel stärker durch «einen sozialistisch-libertären Pazifismus» geprägt als in der Deutschschweiz, so Ziegler.² Wohl deswegen kam aus der französischsprachigen Schweiz viel weniger Kritik.

Worüber sich einige Parteichefs in Wirklichkeit ärgern

Aus der Flut von Medienerzeugnissen, deren Autoren einander gegenseitig die Verdrehungen von Betserts Aussagen abgeschrieben haben, greifen wir lediglich die *Tageschau* vom 13. März 2023 auf. Entgegen der gesetzlichen Verpflichtung auf sachgerechte Darstellung der Fakten («Bundesgesetz über Radio und Fernsehen», Art. 4 Absatz 2) machte die Redaktion eifrig Stimmung gegen Bundespräsident Berset. Als erster goss FDP-Präsident *Thierry Burkart* – der sich kürzlich in einem Interview als Transatlantiker geoutet hatte und kundtat, dass er die Schweiz liebend gern der Nato und der EU weiter annähern würde – kräftig Öl ins Feuer gegen die Neutralität an sich und den Bundespräsidenten im besonderen. Dieser meine mit dem «Kriegsrausch» nicht Russland, sondern die westlichen Staaten «in ihren Bemühungen um die Ukraine». Das sei «alles andere als neutral». Zudem schade es dem Ansehen der Schweiz. – Letzteres trifft sicher zu für die Nato-Zentren, nicht aber für den «Rest der Welt». – Mitte-Präsident *Gerhard Pfister* doppelte in die gleiche Richtung nach, ebenso *Roger Nordmann*, Fraktionspräsident der SP.

Im ganzen Getöse darf man nicht vergessen, worüber sich die genannten Parteichefs in Wirklichkeit ärgern: Burkart, Pfister und Nordmann sind Anfang März im Ständerat beziehungsweise im Nationalrat mit ihren Vorstössen für die faktische Auflösung des Waffen-Wiederausfuhrverbots für Lieferungen in die Ukraine böse auf die Nase gefallen: Beide Räte haben sich für die Einhaltung der Neutralität und des Verbots im Kriegsmaterialgesetz ausgesprochen. Positiv zu den Entscheiden des Parlaments und des Bundesrates kam in der besagten SRF-Sendung nur SVP-Präsident *Marco Chiesa* zu Wort. Hingegen wurden

die *Grüne Partei* sowie die SP-Ständeräte und der Grossteil der FDP-Nationalräte, die nein gestimmt hatten, ganz einfach ausgelassen.

Zweierlei Mass: Bruch des Kollegialitätsprinzips und weitere Brüche durch VBS-Chefin Viola Amherd

Gegenüber *Viola Amherd* (Mitte-Partei), Leiterin des *Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport* (VBS), lässt die Presse mehr Milde walten. Vor der *Schweizerischen Offiziersgesellschaft* (SOG) in Brugg-Windisch distanzierte sie sich am 11. März 2023 offen vom Gesamtbundesrat und brach damit das Kollegialitätsprinzip: «Im Kontext des Kriegs in der Ukraine ist die Haltung der Schweiz zur Wiederausfuhr von Kriegsmaterial aus Ländern, die bei uns beschafft haben, nicht hilfreich. [...] Keine meiner Amtskolleginnen und keiner meiner Amtskollegen hat Verständnis dafür, dass wir andere Länder daran hindern, die Ukraine mit dringend benötigten Waffen und Munition zu versorgen.»³

Statt ihren Kollegen in der Nato die Haltung der neutralen Schweiz zu erklären, fordert Amherd, die Schweiz solle «ihren Neutralitätspolitischen Handlungsspielraum» nutzen. Was sie damit meint, demonstrierte sie kürzlich. Auf ein offizielles Ersuchen der deutschen Regierung um den Verkauf von Leopard-2-Panzern – mit denen Deutschland nach der Lieferung eigener Panzer an die Ukraine seine Reserven auffüllen will – antwortete Amherd am 4. März, dass sie (Königin Amherd?) «bereit wäre, einige Panzer an Deutschland abzutreten. Nötig sei aber deren formelle «Ausserdienststellung» durch das Parlament.»³ Damit schrammte Amherd nicht nur an der Entscheidung des Gesamtbundesrates vom 10. März vorbei, sondern versuchte auch gleich, den dafür notwendigen Beschluss des Parlaments vorwegzunehmen. Den deutschen Nachbarn etwas in Aussicht zu stellen, wofür sie gar nicht zuständig ist – damit schützt man eine negative Stimmung gegenüber der Schweiz! Darüber steht aber kaum etwas in den Medien.

Einmischung aus dem Ausland in Schweizer Angelegenheiten ist zurückzuweisen

Nur zwei Beispiele von lautstarken, aber kenntnisarmen Anwürfen aus dem Ausland.

– Der deutschen FDP-Politikerin *Marie-Agnes Strack-Zimmermann* – eine Rüstungslobbyistin – wurde am 17. März in der «Neuen Zürcher Zeitung» der rote Teppich ausgerollt für ihre Kriegshetze und ihre Anwürfe gegen die Schweiz. Unter anderem behauptet sie, weil die Schweiz keine Munition für die Gepard-Panzer liefere, sei die Ausfuhr von Getreide aus Odessa gefährdet – ein Multipack von Lügen, die schon zigfach wi-

derlegt wurden. Da die Schweiz «unzuverlässig» sei, werde «in wenigen Monaten [...] die Gepard-Munition in Deutschland produziert werden». (Strack-Zimmermann kennt offensichtlich die Pläne der deutschen Rüstungsindustrie.) Ihre Russlandhetze gipfelt in den Worten: «Spätestens mit dem russischen Angriff dürfte klageworden sein, dass auch wir der Aggression Russlands ausgesetzt sind. Auf russischen Panzern steht «nach Berlin» [...].⁴ Ein Schweizer erinnerte in der *Weltwoche* vom 14. März die deutschen Nachbarn: «Eigentlich hat kein Land wegen seiner Vergangenheit eine grössere Verantwortung als Deutschland, einen Beitrag zu leisten, dass die europäischen Staaten friedlich zusammenleben. Seit 1945 haben Generationen von deutschen Politikern in diesem Sinne gehandelt und dafür gesorgt, dass sich Deutschland mit anderen Nationen aussöhnt.»⁵

– Die «New York Times» schickte am 12. März 2023 ein Pamphlet über die Schweiz um den Globus,⁶ das sich sowohl durch mangelnde Sachkenntnisse hervor- tat als auch die seit Jahrzehnten in US-Finanzkreisen genährte Bestrebung bestätigte, den eigenständigen und tüchtigen Kleinstaat unter die Fuchtel der USA zu bekommen, und vor allem seinen nicht totzukriegenden Finanzplatz zu schwächen, wo immer es geht. Mehr braucht man nicht dabeizuhaben, um das Ding geopolitisch einordnen zu können.

Fazit: Trotz schärfstem Gegenwind von innen wie von aussen halten erfreulich viele Schweizerinnen und Schweizer an unserem einzigartigen Friedensmodell fest. Bleiben wir dabei!

¹ Kučera, Andrea; Cassidy, Alan. «Ich spüre heute in gewissen Kreisen einen Kriegsrausch», Interview mit Bundesrat Alain Berset; in: *NZZ am Sonntag* vom 12.3.2023

² Städler, Iwan; Loser, Philipp; Häfliger, Markus; Gafner, Beni. «Kritik am Bundespräsidenten. Alain Berset und der Rausch des Krieges»; in: *Tages-Anzeiger* vom 14.3.2023

³ <https://www.vbs.admin.ch/de/home.detail.nsb.html/93639.html>

⁴ Schwartz, Claudia; Neff, Benedict. «Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Auf russischen Panzern steht «nach Berlin». Und Kadyrow droht mit der Besetzung Ostdeutschlands». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.3.2023

⁵ Odermatt, Marcel. «Deutsche Politikerin beleidigt die Schweiz: Weil die Eidgenossenschaft keine Waffen liefern will, könne man sich «nicht auf die Schweiz verlassen». Geht's noch?» in: *Weltwoche online* vom 14.3.2023

⁶ Solomon, Erika. «Der Krieg in der Ukraine stellt die jahrhundertlange Neutralität der Schweiz auf die Probe»; in: *New York Times* vom 12.3.2023

«Die Russland-Sanktionen sind ...»

Fortsetzung von Seite 3

von der Beschlagnahme bedroht, und in der Vergangenheit erworbene ausländische Staatsbürgerschaften werden entzogen. Diejenigen Eliten, die in Russland bleiben, werden gezwungen sein, in ihrem eigenen Land zu investieren und ihre Anwesen in der Heimat zu errichten, anstatt Villen und Schlösser in unfreundlichen Ländern zu kaufen. Ein Teil davon wird wahrscheinlich weiterhin in die Arabischen Emirate fliessen, aber der Umfang dieses Abflusses wird nicht mit dem Abzug von Geldern in den Westen in der Vergangenheit vergleichbar sein.

Die Umorientierung auf das Inland ist überfällig

Heute, nach der von aussen erzwungenen Umorientierung der Eliten auf nationale Ziele, muss der nächste Schritt getan werden: die freiwillige Bildung einer willentlich national orientierten Elite. Viele bisher im Vermittlungsgeschäft aktiven Eliten, die in der Zeit der Öffnung gegenüber dem Westen entstanden und deshalb mit dem Westen eng verbunden sind, beginnen sich über jene Eliten, die vor der Konfrontation mit dem Westen herangewachsen und dort verblieben sind, zu erheben. Diese Gruppen werden nicht nur ihr Geld in Russland behalten und dort investie-

ren, sondern auch ihre Kinder in ihrem eigenen Land ausbilden und ihre Zukunft hier vorbereiten. Diese Gruppe des russisch-nationalen Bürgertums wird in hohem Masse staatsorientiert sein, d. h. sie wird ihre Verantwortung und Pflichten gegenüber dem Land wahrnehmen. Dies kann dazu führen, dass die führende und beherrschende Elite des Landes erneut zu Staatsbürgern werden – einige (die auslaufende Version) unfreiwillig, andere (die neue Version) aus Überzeugung.

Macht und Gesellschaft werden wieder näher zusammenrücken

Noch wichtiger für die Stärkung des Staates wird die Bildung einer neuen Gruppe von Bürgern in Russland sein. Der Krieg und insbesondere die Mobilisierung haben den alten ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag der gegenseitigen Nichteinmischung von Ober- und Unterschicht in die Angelegenheiten des jeweils anderen zerstört. Macht und Gesellschaft haben sich jetzt einander angenähert, und ihre weitere Zusammenarbeit wird davon abhängen, wie offen und rechenschaftspflichtig die Behörden werden und wie aktiv und konstruktiv die Dynamik der Gesellschaft sein wird. Wenn sich dieser Prozess positiv entwickelt, könnte sich im Land schliesslich ein neues politisches System herausbilden, das nicht auf dem ständigen Kampf konkurrierender Ideologien oder

überambitionierter Politiker beruht, sondern auf dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen und der Zusammenarbeit freier Individuen zum Wohle der Gesellschaft und des Staates.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird wieder russischer sein

Die erste Form des postsowjetischen Russlands erwies sich aus historischer Sicht als sehr unrussisch: Das Persönliche dominierte eindeutig das Gemeinsame. Infolgedessen waren viele ohne Unterstützung, ein erheblicher Teil konnte verschiedene Freiheiten nutzen, um ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, einige wenige aber schafften es sogar, sehr wohlhabend und praktisch frei von Verpflichtungen gegenüber dem Land zu werden. Zu Beginn der 2020er Jahre war das Potential dieses «ersten Modells» der Russischen Föderation aber praktisch erschöpft. Es war schwer vorstellbar, was Russland aus dieser Sackgasse hätte herausführen können. Der Krieg, der ursprünglich als eine spezielle Operation gedacht war, lieferte nun die Antwort. Die Antwort auf die Frage, was das neue, zweite Modell der Russischen Föderation sein wird, wird das Ergebnis dieses Krieges zeigen.

(Übersetzung <https://globalbridge.ch/die-russland-sanktionen-sind-fuer-russland-auch-eine-grosse-chance/> vom 12.2.2023)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2023 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Ständerat und Nationalrat lehnen neutralitätswidrige Aufweichungen des Waffenexportverbotes ab

mw. Unter dem Titel «Rückbesinnung auf die Schweizer Neutralität – Wir haben anderes zur Verfügung als Waffenlieferungen in Kriegsstaaten» hat «Zeit-Fragen» am 3. Februar dieses Jahres verschiedene parlamentarische Vorstösse zur Aufweichung der Vorschriften im Kriegsmaterialgesetz vorgestellt. Es geht um einen Grundsatzentscheid: Sollen wir zulassen, dass in der Schweiz erworbene Waffen an Staaten weitergeliefert werden können, die sich im Krieg befinden, oder sollen wir das Neutralitätsgebot unserer Bundesverfassung höher werten?

Beide Räte haben zwei dieser Vorschläge nun in der Frühjahrsession diskutiert und darüber abgestimmt.

Am 6. März 2023 hat der Ständerat erfreulicherweise die Motion von *Thierry Burkart* (FDP AG)¹, welche die heute gesetzlich vorgeschriebenen Nichtwiederausfuhr-Erklärungen für Länder «mit gleichen Werten» grundsätzlich abschaffen wollte, mit 23 gegen 18 Stimmen (2 Enthaltungen) deutlich abgelehnt. Nein sagten die Ratsmitglieder der SP, der *Grünen Partei* und der SVP sowie rund die Hälfte der *Mitte*-Fraktion, gegen den *Freisinn* und den anderen Teil der *Mitte*. Damit ist die Motion definitiv gescheitert. In ihren Stellungnahmen brachten etliche Ständeratsmitglieder zum Ausdruck, dass sie nicht gewillt sind, die Neutralität als unverzichtbaren

Pfeiler des Schweizer Staatssystems fallenzulassen.

Den Höhepunkt dieser denkwürdigen Ratsdebatte bildete zweifellos die staatsmännische Rede von Ständerat *Daniel Jositsch* (SP, ZH), die wir hier wörtlich wiedergeben.

Nationalrat gegen willkürliche Aufhebung der Nichtwiederausfuhr-Erklärungen durch den Bundesrat

Am 8. März 2023 behandelte der Nationalrat eine Motion seiner *Sicherheitspolitischen Kommission* (SiK) zur Änderung des *Kriegsmaterialgesetzes*, die als «Kompromiss» zwischen den bisher vorliegenden Vorstössen den starken Willen einer grossen Zahl von Parlamentariern zur Erhaltung der Neutralität knacken sollte.

Eine hauchdünne Mehrheit (98 gegen 96, 2 Enthaltungen) stimmte leider dem neuen Absatz 3 von Art. 18 KMG zu. Danach könnte der Bundesrat die Nichtwiederausfuhr-Erklärung eines Landes, das Schweizer Kriegsmaterial gekauft hat, für aufgehoben erklären, wenn der Uno-Sicherheitsrat einen Widerspruch zum völkerrechtlichen Gewaltverbot festgestellt hat. Der umstrittenste Teil des Motionstextes war aber Absatz 4, wonach der Bundesrat eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung auch dann aufheben



«Mischt euch nicht in fremde Händel», mahnte Bruder Klaus im 15. Jahrhundert nach der Überlieferung seine Miteidgenossen. Die Statue des Niklaus von Flüe in Flüeli-Ranft ist ein frühes Sinnbild für die Schweizer Neutralität. (Bild ug)

könnte, «wenn die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittelmehrheit den Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot festgestellt hat.»² Eine willkürliche Konstruktion, die der Uno-Generalversammlung eine Kompetenz zuspricht, die sie gemäss Uno-Recht nun einmal nicht hat – auch nicht mit Zweidrittelmehr. Dieser Absatz 4 wurde vom Nationalrat klar mit 117 Nein zu 78 Ja,

der Sommersession darüber abstimmen. •

¹ Motion 22.3557 «Neutralität wahren, STIB [Sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis, das heisst die Schweizer Rüstungsindustrie] stärken. Abschaffung der Nichtwiederausfuhr-Erklärung für Länder mit gleichen Werten und vergleichbarem Exportkontrollregime»

² Motion 23.3005 «Änderung des Kriegsmaterialgesetzes»

Stellungnahme von Ständerat Daniel Jositsch (SP, ZH) am 6. März 2023 im Ständerat



Daniel Jositsch (Bild www.parlament.ch)

«Ich werde die Motion *Burkart* ablehnen, ebenso wie die anderen entsprechenden Motionen, die früher oder später wahrscheinlich auch wieder zu uns kommen werden, und zwar aus den folgenden drei Gründen:

1. Die Neutralität steht hier nun einmal wirklich im Zentrum. Deshalb ist sie auch entsprechend zu behandeln. Die bewaffnete Neutralität, wie sie unsere Verfassung heute kennt, wurde im Rahmen des *Wiener Kongresses* von den europäischen Grossmächten festgelegt. Die Schweiz stand damals im Zentrum internationaler Konflikte. *Napoleon* war gerade überwunden worden; es galt nun, eine neue Ordnung in Europa zu schaffen. Die Schweiz erhielt in diesem Kontext die Position als neutrales Land. Wenn ich das richtig aus den Geschichtsbüchern nachvollziehe, fand das damals nicht jeder in der Schweiz gut. Langfristig erwies sich die bewaffnete Neutralität in der Schweiz aber doch als Erfolgsmodell. Auf der einen Seite ermöglichte sie es der Schweiz, in den letzten 200 Jahren nicht in internationale Konflikte – insbesondere in den Ersten und Zweiten Weltkrieg – involviert zu werden. Ausserdem konnte sich die Schweiz auf Grund ihrer Neutralität international als Brückenbauer-Nation etablieren. Es wurde ihr möglich, Standort sehr vieler internationaler Organisationen zu werden, aber auch, zwischen einzelnen Staaten zu vermitteln, die im Konflikt standen. Nicht zufällig nahm die Schweiz die Interessen der USA in Kuba wahr, und nicht zufällig nimmt sie die Interessen der USA im Iran wahr. Sie war auch schon verschiedentlich Hort und Geburtsgeberin für die Lösung internationaler Konflikte. Das alles hat die Neutralität der Schweiz ermöglicht.

Wir sind ja auch stolz auf die Neutralität. Wir reisen gerne durch die Welt mit dem Schweizer Pass. Wir sind überall herzlich willkommen, werden überall geschätzt.

Neutralität – Herr *Minder* hat es gesagt – ist nicht nur für Friedenszeiten schön. Sie ist vor allem in Kriegszeiten wirksam. Hier hat sich eben seit den Zeiten des

Wiener Kongresses etwas geändert. Früher, ungefähr bis zum Zweiten Weltkrieg, gab es das sogenannte *ius ad bellum*, das Recht, Krieg zu führen. Ein Staat konnte einem anderen Staat den Krieg erklären, und das war so in Ordnung, das war geltendes Recht.

Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es dieses *ius ad bellum* aber eigentlich nicht mehr. Jeder Krieg ist falsch. Natürlich wird manchmal darüber diskutiert, wer wen angegriffen hat. Letztlich hat jemand irgend jemanden angegriffen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist jeder Krieg falsch, jeder Krieg ein Verbrechen, ein Verstoß gegen internationales Recht. Damit hat die Neutralität natürlich auch eine andere Bedeutung erhalten. Man kommt als neutraler Staat in eine andere Situation. Früher, als Krieg gerecht war, war man als Neutraler bei allen herzlich willkommen. Es war überhaupt kein Problem.

Jetzt ist man faktisch nicht auf der Seite des Angegriffenen. Neutralität auszuhalten, ist also schwieriger. Das heisst, in Friedenszeiten, wenn Sie an 1.-August-Feiern unsere Neutralität beschwören oder durch die Welt reisen und sich als neutrale Schweizer feiern lassen, ist das schön. Aber die Neutralität kommt im Krieg zum Zug. Dann muss man sie aushalten können. Ja, Herr *Burkart*, Sie haben Recht, wenn man nicht auf der Seite des Guten steht, dann hilft man, wenn Sie so wollen, dem Bösen, dem Aggressor. Aber das muss man aushalten, wenn man neutral ist, das ist so, das ist unangenehm.

Wenn Sie sagen, Sie wollten das nicht: Bitte sehr, dann ändern Sie die Bundesverfassung, machen Sie eine Volksabstimmung! Vielleicht sagt dann die Mehrheit, sie wolle das nicht mehr, man fände es zu unangenehm, dass man der Ukraine nicht helfen könne und in zukünftigen Konflikten dem Angegriffenen nicht helfen könne. Machen Sie eine solche Volksabstimmung – ich bezweifle allerdings, dass Sie diese Volksabstimmung gewinnen werden.

Ich bin vielmehr überzeugt, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer an der Neutralität festhalten würde. Aber man muss dann auch neutral bleiben.

Jetzt können Sie rechtlich argumentieren, aber ich sage Ihnen das als Jurist: Neutralität ist nicht das, was wir hier in

diesem schönen Gebäude definieren, sondern Neutralität hängt von dem ab: Wie nehmen die Kriegsparteien – nicht die europäischen Staaten – die Position der Schweiz wahr? Eines ist klar: Wenn einem eine Patronenkugel entgegengefliegen kommt, auf der «Swiss made» steht, dann findet man nicht, dass die Schweiz neutral sei. Sie haben gesagt, dass man nicht mehr neutral sei, wenn man Truppen schicke. Selbstverständlich ist das so, aber heute bedeutet Unterstützung, Eintritt in den Konflikt nicht nur – wie man klar sieht –, dass man Truppen schickt. Die US-Amerikaner schicken keine Truppen, die Deutschen schicken keine Truppen; heute werden Waffen geliefert, und damit wird auf das Kriegsgeschehen Einfluss genommen. Deshalb kann man nicht neutral sein, wenn man zulässt, dass schweizerische Rüstungsgüter – ob direkt oder indirekt – in das Kriegsgebiet geführt werden. Von dem her bin ich einfach der Meinung, dass Sie, wenn schon, Ross und Reiter benennen müssen. Wenn Sie die Neutralität aufgeben wollen, dann versuchen Sie das, aber machen Sie es auf dem richtigen Weg, indem Sie versuchen, die Verfassung zu ändern.

2. Sie haben gesagt, man könne die Regeln auch während des Spiels ändern; sie würden ja quasi für die Zukunft gelten. Ja, aber die Verträge wurden in der Vergangenheit gemacht. Und man ist dann – das ist der zweite Punkt – nicht mehr glaubwürdig. Das, was Sie betreiben wollen, haben wir in der Kommission als «Ad-hoc-Neutralität» bezeichnet – und das wäre es auch. Sie können nicht sagen: Wir sind neutral, aber je nach Situation schauen wir dann, wie wir irgendwie darum herumkommen; wir ändern die Regelung gleich noch für die bestehenden Verträge.

Was Sie da aufs Spiel setzen wollen, ist die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Sie haben es jetzt zugegeben, und auch Herr *Salzmann* hat es gesagt: Eigentlich geht es bei der Motion ja gar nicht darum, die Ukraine zu unterstützen, sondern es geht vor allem darum, unsere Waffenindustrie beizubehalten. Ich muss Ihnen sagen, ich verstehe Sie vor diesem Hintergrund sogar. Als wir die letzten Verschärfungen betreffend Waffenausfuhr und Wiederausfuhr gemacht haben, waren Sie dagegen. Damals sagten Sie, Sie wollten unsere Rüstungsindustrie unterstützen.

Insofern verstehe ich sogar, dass Sie den politischen Wind jetzt auszunutzen versuchen, um das rückgängig zu machen, was wir schon einmal entschieden haben. Aber da möchte ich jetzt vor allem in Richtung *Mitte* argumentieren, die damals ja diese Verschärfungen unterstützt hat. Damals sind Sie unter Druck geraten, weil plötzlich Waffen aus der Schweiz irgendwo in dieser Welt aufgetaucht sind. Es gab grosse Medienberichte, und Sie haben gesagt, man müsse etwas machen – mit uns zusammen; wir haben schon immer gesagt, dass man etwas machen muss. Sie haben gesagt: Jawohl, wir helfen mit. Nun, zwei Jahre später, ist es wieder ein bisschen weniger bequem, diese Position einzunehmen. Jetzt wollen Sie sie wieder ändern. So können wir doch keine Gesetzgebung machen! Wir können uns doch nicht von den Medienschaffenden vorschreiben lassen, ob wir uns jetzt gerade wohl oder unwohl fühlen mit unseren Entscheidungen, und diese dann einfach mal so zu fällen und dann wieder rückgängig zu machen, je nachdem, wie wir das wollen. So machen wir uns unglaubwürdig.

Der letzte Punkt, und das scheint mir das Wesentliche zu sein, was wir berücksichtigen müssen: Sie haben gefragt, was das Bild ist, das wir gegen aussen abgeben. Gefällt es den anderen europäischen Staaten oder nicht? Ja, ist das jetzt das Wesentliche? Müssen wir jetzt jedem auf dieser Welt gefallen? Müssen wir so Politik machen und unsere grundsätzlichen Werte je nachdem aufs Spiel setzen?

Überlegen Sie einmal, worum es eigentlich geht: Das Kriegsmaterial, das jetzt indirekt über die Aufweichung der Nichtwiederausfuhrbestimmung in ein Kriegsgebiet gelangen soll, ist ja noch nicht einmal kriegsentscheidend. Es ist noch nicht einmal so, dass wir jetzt darüber entscheiden würden, dass die Ukraine eine reelle Chance hat, um sich zu verteidigen. Gott sei Dank machen das andere wie insbesondere die USA. Es geht also nur darum, dass wir gegenüber dem europäischen Ausland gut dastehen. Das ist nicht die entscheidende Frage – wie ich Ihnen gesagt habe: Neutralität ist auch einmal unangenehm, aber das ist einfach so, und das können wir auch aushalten, und das müssen wir auch aushalten.

Deshalb bitte ich Sie hier, die Motion *Burkart* 22.3557 abzulehnen.»

Wieder Bücher lesen! Eine Erinnerung an Peter Scholl-Latour

von Karl-Jürgen Müller

Die Bilder sind grauenhaft. Derzeit sind sie von der fast völlig zerstörten Stadt Bachmut (so der ukrainische Name) beziehungsweise Artjomowsk (so der russische Name) zu sehen. Jeder Krieg ist grauenhaft, auch der in der Ukraine. Wir werden tagtäglich mit diesem Grauen konfrontiert. Aber absurderweise nicht, damit wir alles Menschenmögliche für ein Ende dieses Grauens tun. Sondern um uns kriegswillig zu machen. Denn die Schuldigen für das Grauen sollen schon vor einer gründlichen Untersuchung feststehen. Und sie sollen bekämpft und besiegt werden. Wir, die Guten, gegen die Bösen. Dann erst, so wird uns gesagt, sei das Grauen vorbei. Es gibt nur Schwarz oder Weiss. Und damit wir ja nicht zu viel nachdenken, folgt eine Propaganda-Welle der anderen, werden mit Texten und Bildern unser Verstand und unser Gefühl betäubt. Echtes Mitgefühl kann so nicht entstehen.

Ich stehe vor meinem Bücherregal und habe mich entschieden, heute nicht tagesaktuell sein zu wollen, sondern Bücher zu empfehlen. Nur von einem Autor: Peter Scholl-Latour.

Peter Scholl-Latour lebte vom 9. März 1924 bis zum 16. August 2014. Er war Journalist und Buchautor. Viele seiner Bücher hat er in eigenen Fernsehreportagen verarbeitet. Er hat mehr als 30 Bücher geschrieben, hat viel Anerkennung erfahren für seine Arbeit, aber auch starken Gegenwind – bis hin zum Versuch, ihn ins politische Abseits zu stellen.

Ich empfehle es sehr, seine Bücher wieder hervorzuholen, sie erneut beziehungsweise ein erstes Mal zu lesen. Meine Behauptung: Das ist viel sinnvoller als der alltägliche Mainstream.

Ich werde nicht ausführlich auf die empfohlenen Bücher eingehen. Lesen muss man sie selbst. Aus einem hat *Zeit-Fragen* in seiner ersten Ausgabe nach dem 24. Februar 2022 ausführlich zitiert: «Der Fluch der bösen Tat. Das Scheitern des Westens im Orient». Es war Scholl-Latours vorletztes, posthum erschienenen Buch und stand vom 22. September bis zum 19. Oktober 2014 auf Platz 1 der *Spiegel*-Bestsellerliste. Heute wäre dies wohl nicht mehr möglich.

«Der Fluch der bösen Tat»

Der Titel «Der Fluch der bösen Tat» könnte auch die Überschrift für das Grauen des Krieges in der Ukraine sein. Es reicht hier, aus dem Text auf der Buchrückseite zu zitieren: «Es gärt und brodeln überall: Syrien und der Irak versinken im grausamen Bürgerkrieg aller gegen alle, in der Türkei ringen islamistische und säkulare Kräfte um die Vormacht. Ägypten ist im Daueraufbruch, und auch am Nordrand dieser unruhigen Weltgegend, im Kaukasus und in der Ukraine, ist die Lage explosiv. Mit der ihm eigenen Scharfsicht beleuchtet Peter Scholl-Latour eine Re-



Peter Scholl-Latour «konnte – dank seines enzyklopädischen Wissens und hervorragenden Gedächtnisses – einen einzigartigen Bogen schlagen zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Durch Rückgriffe auf Geschichte und Religion Ereignisse von heute einordnen. Egal, zum wievielten Male er in ein Land reiste, stets hat er sich vorbereitet, als besuchte er es zum erstenmal. [...]

Peter Scholl-Latour hat sich seinen unabhängigen, eigenwilligen Geist bewahrt – politisch korrekt zu sein, das hat ihn nicht interessiert [...]. Seine Maxime war stets, nur über das zu berichten, was er selbst vor Ort gesehen und erfahren hatte.»

(Cornelia Laqua. Epilog zu Peter Scholl-Latour. *Mein Leben*; 2015 (posthum), S. 432, ISBN 978-3-570-00508-8)

gion, über der nach jahrzehntelanger politischer und militärischer Intervention des Westens ein Fluch zu liegen scheint – der Fluch der bösen Tat heillosen Einmischung.»

Schon 2006 – ein Jahr vor der Rede des russischen Präsidenten *Wladimir Putin* in München – hatte Peter Scholl-Latour «Russland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam» veröffentlicht. Dort ist auf Seite 182 zu lesen: «Noch heute fragen sich die politischen Analysten in Moskau, aus welchem Grunde die USA die gewaltigen Zugeständnisse, die *Gorbatschow* der westlichen Allianz durch seine Zustimmung, ja, seine stillschweigende Förderung der deutschen Wiedervereinigung gewährte, in keiner Weise honoriert haben. Das Gegenteil war der Fall. Die Nato hatte sich auf die zerbre-

chende Sowjetunion wie auf ein waidwundes Tier gestürzt, als der letzte Generalsekretär der KPdSU seine Bereitschaft zur Kapitulation zu erkennen gab. Die sowjetische, dann die russische Führung wurde systematisch über den Tisch gezogen. Sämtliche Zusagen wurden widerrufen. Wie eine Art «Juggernaut»¹ [...] bewegte sich der erdrückende militärische Apparat der Nato gen Osten.»

2007 erschien Peter Scholl-Latours Buch «Zwischen den Fronten. Erlebte Weltgeschichte». Auch hier soll lediglich aus dem Klappentext zitiert werden: «Seine jüngsten Reisen in die USA, nach China und Russland, in den Nahen und Mittleren Osten nimmt Peter Scholl-Latour zum Anlass für einen sehr nachdenklichen, skeptischen Blick auf den Zustand unserer Welt. Immer

Im Krieg steht alles Kopf

km. Auf der Meinungsseite des «Kölner Stadt-Anzeigers» vom 27. Februar schrieb *Erik Flügge*, Bestsellerautor und Mitglied der deutschen SPD: «Wenn Kritiker von Waffenlieferungen keine politische Vertretung in der Mitte finden, ist das gefährlich für die Demokratie. [...] Menschen, die ihre Überzeugung nie geändert haben, geraten plötzlich an den Rand. «Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete» – das war bis vor zwölf Monaten noch deutsche Staatsräson. Heute ist es eine Position, die öffentlich fast nur noch an den Rändern vertreten wird.»

Erik Flügge hat sich auf die Menschen beschränkt, die gegen deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine sind. Aber was spricht dagegen, seine Überlegungen auszuweiten?

Auch diejenigen, die schon lange davon sprechen, dass die Nato ihre Versprechen gegenüber Russland, sich nicht in Richtung russischer Grenze auszuweiten, nicht gehalten hat, «geraten plötzlich an den Rand». Auch diejenigen, die darauf hinweisen, dass die USA und ihre Verbündeten in den vergangenen 30 Jahren auf eine den Weltfrieden gefährdende Art und Weise «illegale Kriege» geführt haben, um den Anspruch durchzusetzen, «einzige Weltmacht» zu sein und zu bleiben. Und nicht bereit waren, andere Staaten wie Russland und China als

gleichberechtigt zu betrachten. Auch diejenigen, die betonen, dass der Krieg in der Ukraine nicht erst 2022, sondern schon 2014 begann – und darauf hinweisen, dass die Zentralregierung in Kiew einen grossen Anteil an Verantwortung für diesen Krieg und die schon vor dem 24. Februar 2022 14000 mehrheitlich russischstämmigen Toten dieses Krieges hat. Auch diejenigen, die im Zusammenhang mit diesem Krieg auf die rassistischen Motive der «Russenhasser» in der Ukraine hinweisen. Auch diejenigen, die aufzeigen, dass die USA und ihre Verbündeten diese Kriegspolitik der ukrainischen Regierung und ukrainischen Nationalisten politisch, finanziell und militärisch gepuscht haben. Auch diejenigen, die darauf hinweisen, dass Greuelvorwürfe gegen den «Feind» im Krieg aus propagandistischen Gründen das Übliche sind und die Unschuldsvermutung bis zum zweifelsfreien Beweis des Gegenteils im Krieg besonders wichtig ist. Schliesslich auch diejenigen, die sich aus all diesen Gründen weigern, von einem «unprovozierten» und «brutalen Angriffskrieg» Russlands zu sprechen.

Alle diese Menschen «geraten plötzlich an den Rand». Das geht bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung. Bei der Kundgebung für das «Manifest» von *Sahra Wagenknecht* und

Alice Schwarzer am 25. Februar in Berlin las der Veranstaltungsleiter zu Beginn einen längeren Text darüber vor, was alles bei dieser Kundgebung behördlicherseits verboten sei. Das war eine lange Liste – da ging es nicht nur um Waffen oder Gewaltaufrufe. Das ist der Stand der Meinungs- und Versammlungsfreiheit im heutigen Deutschland.

Warum Menschen, die von ihrem ganzen Werdegang her gute Staatsbürger waren und sind – in dem Sinne, dass sie das Grundgesetz ernst nehmen und die Grundrechte auch leben – «an den Rand geraten», ist eine wichtige Frage. Auch an den Zustand des deutschen Staates, der deutschen Politik und des öffentlichen Lebens in Deutschland.

Dass im Krieg alles, was im Frieden wertvoll ist, keine Gültigkeit mehr haben soll, haben viele schon früher dargelegt. Ich erinnere mich, als ich vor mehr als 50 Jahren Schüler an einem deutschen Gymnasium war und wir *Bertolt Brechts* «Mutter Courage» lasen. Das war auch dort schon ein Kernthema. Sehr wahrscheinlich hat die Tatsache, dass gute deutsche Staatsbürger heute an den Rand geraten, etwas damit zu tun, dass Deutschland Krieg führt. *Annalena Baerbock* hat es ja offen gesagt – man will es nur noch nicht glauben. ... Aber mit Freiheit und Demokratie hat dies nichts mehr zu tun. •

wieder beschwört er den Niedergang der europäischen Kolonialreiche herauf, den er an vielen Fronten selbst erlebt hat, wenn er auf die Rolle Amerikas als Weltmacht zu sprechen kommt. Die Vergänglichkeit von Imperien zieht sich wie ein Leitmotiv durch dieses Buch. Auch die Zukunft Europas, dem es an Visionen ebenso fehlt wie am Bewusstsein seiner historischen Identität, betrachtet Peter Scholl-Latour mit wenig Zuversicht.»

«Der Weg in den neuen Kalten Krieg»

Ein Jahr später, 2008, erschien das Buch «Der Weg in den neuen Kalten Krieg». Hier ist im Klappentext zu lesen: «Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion trat der Westen als Sieger der Geschichte auf. Nato-Ost-Erweiterung, Balkankriege, Afghanistan-Einmarsch oder Irak-Feldzug – sie alle wurden ohne Rücksicht auf Russland oder andere nicht-westliche Mächte in Szene gesetzt. Peter Scholl-Latour hat diese Muskelspiele von Anfang an mit Skepsis beobachtet. Eindringlich beschreibt er den Weg in einen neuen, diesmal multipolaren Kalten Krieg zwischen Washington und seinen europäischen Partnern auf der einen Seite, Moskau, Peking und der islamischen Welt auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung kann der Westen nur verlieren. [...] Zusammenhänge, die die Medien übersehen oder unterschlagen – hier werden sie deutlich.»

Peter Scholl-Latour hat sehr früh vorausgesehen, was heute auf der Tagesordnung steht: den Übergang zu einer neuen Weltordnung. Im 2009 erschienenen Buch «Die Angst des weisen Mannes. Ein Abgesang» ist im Klappentext zu lesen: «Fünfhundert Jahre lang hat der «weisse Mann» die Welt beherrscht. [...] Diese Epoche westlicher Vormacht gehört endgültig der Vergangenheit an. Der «weisse Mann» ist auf dem Rückzug, die ehemaligen Kolonialvölker drängen nach vorn – demographisch, ökonomisch, machtpolitisch.»

«Die Welt aus den Fugen»

Am Ende seines 2012 erschienenen Buches «Die Welt aus den Fugen. Betrachtungen zu den Wirren der Gegenwart» ist ein Interview abgedruckt, das der Linken-Politiker *Gregor Gysi* mit Peter Scholl-Latour geführt hat. Gysi fragt: «Gibt es in Ihren Büchern und Reportagen eigentlich eine Botschaft, die Sie transportieren möchten?» Die Antwort lautet: «Ich habe meine Tätigkeit niemals als das Überbringen einer Botschaft verstanden. Ich habe mich darauf beschränkt, die Dinge möglichst wirklichkeitsnah zu beschreiben. Ich glaube, das reicht schon. Das Wort «Wahrheit» möchte ich dabei gar nicht in den Mund nehmen. Aber wenn ich schon eine Botschaft haben sollte, dann ist es diese: Wir unterliegen einer so massiven Desinformation, dass ich mit meinen Büchern dagegen antreten möchte.»

Peter Scholl-Latours Bücher haben eine Gesamtauflage von 10 Millionen Exemplaren erreicht. Sein 1979/1980 über Indochina erschienenen Buch «Der Tod im Reisfeld» war mit 1,3 Millionen Exemplaren bis 2014 das meistverkaufte Sachbuch Deutschlands seit 1945. Als Journalist, Buchautor, Filmemacher und vor allem als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens wurde er vielfach mit Ehrungen ausgezeichnet.

Heute frage ich mich, wie viele Menschen (in Deutschland und anderswo) sich noch an Peter Scholl-Latour und seine Bücher erinnern. Und wie viele bereit sind, seine Bücher wieder hervorzuholen, gründlich zu lesen und angemessene Schlüsse daraus zu ziehen. Andere, vernünftiger, menschenfreundlichere, völkerverbindende – anders als das, was unsere Politik uns vorlebt. Und die Erkenntnis ernst zu nehmen, dass wir uns mitten im Übergang zu einer neuen Weltordnung befinden, für die das Wort «Zeitenwende» tatsächlich passt. •

¹ *Juggernaut* ist ein metaphorischer Begriff aus dem Englischen. Er steht für eine unaufhaltsame Kraft, die alles vernichtet, was ihr im Wege steht. Der Wortursprung liegt bei den riesigen, viele Tonnen schweren Prozessionswagen (*Ratha*), die während einer bestimmten hinduistischen Prozession (*Ratha Yatra*) zu Ehren des Gottes Jagannatha (*Vishnu*) verwendet werden. Einmal in Fahrt gebracht, sind diese Wagen von Menschen kaum zu stoppen.

Widerstandskraft gegen Propaganda entwickeln

Zum Buch von Johannes Menath «Moderne Propaganda. 80 Methoden der Meinungslenkung»*

von Eliane Perret

Wer sich heute mit Hilfe der Mainstream-Medien über das Weltgeschehen informieren will, muss feststellen, dass er eine professionell gestaltete Meinungslenkung vorfindet. Das gilt speziell in einer Zeit wie der unseren, die von Kriegsgeschehen überschattet ist. «When war is declared, truth is the first casualty» («Nach der Kriegserklärung ist die Wahrheit das erste Opfer»), schrieb Lord Arthur Ponsonby 1928 in seinem Buch «Falsehood in Wartime» («Lügen in Kriegszeiten»), in welchem er die Kriegslügen aus dem Ersten Weltkrieg darlegte. Seine Untersuchungen wurden Grundlage für die belgische Historikerin Anne Morelli, die seine Forschungsergebnisse zu den Regeln der Kriegspropaganda verdichtete. In diese Tradition fügt sich das Ende des vergangenen Jahres veröffentlichte Buch von Johannes Menath mit dem Titel «Moderne Propaganda. 80 Methoden der Meinungslenkung» ein. Dem Autor geht es darum, den von «einer unsichtbaren Wolke künstlicher Emotionen, Meinungen und Schlussfolgerungen» (S. 9) umgebenen Menschen den Blick zu öffnen für die bei der Meinungslenkung angewandten Methoden. So könne er beginnen, den Blick zu schärfen, wie sein Wunsch nach Information missbraucht werde, und sich dazu befähigen, die angewendeten Techniken zu erkennen, Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen und damit der Untergrabung demokratischer Auseinandersetzung etwas entgegenzusetzen. «Jede Demokratie ist nur so stark wie das souveräne Bewusstsein der Wähler. Bildung, gerade auch im Hinblick auf Faktoren, die unsere Psyche beeinflussen, steht also am Beginn der Entwicklung zum mündigen Bürger» (S. 10), meint Menath und: «In Zeiten, in denen die Presse und Medien nicht mehr ihrer originären Aufgabe als Korrektiv der politischen Macht nachkommen, ist es um so bedeutsamer, Widerstandskraft gegen Propaganda zu entwickeln. Und wenn Medienkonzerne selbst zur grössten Macht im Staat zu werden drohen, sind mündige Bürger gefordert, einem Aushöhlen der Demokratie entgegenzuwirken.» (S. 11)

Methoden der Meinungslenkung

In akribischer Arbeit stellt der Autor als Hauptteil des Buches 80 Methoden der Meinungslenkung in kurzen Abschnitten dar. Oft bauen sie aufeinander auf oder werden miteinander kombiniert. Sie gliedern sich in solche, die bestimmte Meinungen erzeugen, jene, die unerwünschte Ansichten zerstören sollen, und schliesslich beschreibt Menath Techniken, mit denen gesellschaftliche Rahmenbedingungen erstellt werden, welche die Beeinflussung der öffentlichen Meinung erleichtern. Dazu hat sich der Autor durch ein beeindruckend breites Spektrum an Literatur von der Antike bis in die Neuzeit gearbeitet. Wer sich die Zeit nimmt, seine Beschreibungen sorgfältig zu lesen und auf sich wirken zu lassen, erkennt dahinter stets das zutiefst ethische Ziel des Autors, die Menschen nicht in Unmündigkeit hängen zu lassen, sondern ihnen etwas an die Hand zu geben, dass sie sich zu eigenständigen Mitbürgern weiterentwickeln können. Es wird auch deutlich, wie Manipulation sich die menschliche Sozialnatur zunutze macht. Es geht um artspezifische Verhaltensformen, die uns die Evolution mitgegeben hat und die sozusagen das allgemeine «Unbewusste» ausmachen, wie wir aus der anthropologischen Forschung wissen. Beispielsweise unser Hang, sich in der Gruppe einzuordnen und nicht abseits zu stehen, weil uns das Sicherheit gibt.

Bösartige Manipulation versus Erziehung

Im Anschluss an die Darstellung der 80 Methoden der Propaganda wirft der Autor seinen Blick auf die Gründe für deren Wirkung und geht dazu als erstes auf die evolutionäre Entwicklung des Menschengeschlechtes ein. Um zu überleben, waren die Menschen stets drauf angewiesen, ihr Umfeld richtig wahrzunehmen und dabei auf der unendlichen Fülle von Informationen diejenigen als wichtig zu bewerten, die ihrem Ziel nützlich waren, und andere zu selektionieren. «Wir nehmen nicht wahr, um zu erkennen, sondern zu überleben.» (S. 92) Aber dies stets vor einem individuellen Hintergrund, den wir durch den zwischen-

menschlichen Austausch erweitern können und müssen. An diesen menschlichen Eigenschaften würden nun Manipulationstechniken anknüpfen, die ein Thema eingrenzen, vereinfachen, mit Symbolen belegen und mit Emotionen verknüpfen, damit die gewünschten Meinungen erzeugt werden können. Als positiver Gegenpol zu solch unheilvoller Manipulation der Persönlichkeit stehe Erziehung als notwendiger Grundpfeiler menschlicher Entwicklung, die darauf ausgerichtet sein solle, «die Persönlichkeit des anderen ausprägen zu helfen unter Berücksichtigung der angelegten Stärken und Schwächen, um einen selbstverantwortlichen, mutigen und klugen Menschen zu formen» (S. 94). Um letztlich zu einer eigenen Anschauung zu gelangen, bedürfe es einer konstruktiv-kritischen Grundhaltung, des bewussten Hinterfragens und Einholens verschiedenster Informationen und schliesslich der Kenntnis der wesentlichen politischen wie philosophischen Konzepte.

Politische und humanistische Bildung versus Meinungsmacht

In den folgenden Kapiteln befasst sich der Autor damit, wie wir uns vor Indoktrination schützen können. Das Betrachten aus verschiedenen Blickwinkeln als notwendige Voraussetzung für eine freie, fundierte Meinungsbildung werde durch die Tatsache erschwert, dass die Mainstream-Medien ihre Informationen grossteils von den vier Presseagenturen AP, Reuters, AFP und dpa (für die Schweiz sda) bezögen, welche in der Rolle als Torwächter die Informationen vorselektionierten, noch bevor sie in den Redaktionen ankämen. Zudem sei es dort angestellten Journalisten kaum möglich, über Inhalte zu berichten, die den wirtschaftlichen Interessen der Konzerneigener zuwiderlaufen würden, – wollten sie nicht ihre Anstellung riskieren – genauso wenig wie systemkritische Artikel einen Platz fänden. So sei die hiesige Presselandschaft abhängig von bestimmten US-amerikanischen Interessengruppen. Wer über den eigenen Tellerrand hinausblicken wolle, werde deshalb nicht daran vorbeikommen, die nötige Zeit aufzuwenden, um sich wirklich tiefgreifendes Wissen anzueignen, «will er nicht zum unbewussten Erfüllungsgehilfen einer Meinungslenkung werden». (S. 96) So wird politische Bildung zur ersten Säule unabhängigen Denkens, während der Autor als zweite Säule auf das Studium der klassischen Literatur verweist, um sich mit den Idealen, Vorgängen und Ereignissen der Vergangenheit zu befassen. «Wir leben inmitten lebendig gewordener Vorstellungen. Sie wurden erdacht, niedergeschrieben, verbreitet und in die Tat umgesetzt.» (S. 97) Die Lektüre der grossen Klassiker – der Autor führt Aristoteles, Platon, Nietzsche, Konfuzius und Marc Aurel an – helfe jedem, das heutige Geschehen richtig einzuordnen und den Staat und dessen Politik richtig zu bewerten. «Lesen [wird] ein Akt der Befreiung aus der Unmündigkeit, der Apathie und Orientierungslosigkeit». (S. 98) Im Anhang hat Menath deshalb einen Bücherkatalog zusammengestellt, den er zur Lektüre empfiehlt.

Die Arbeit an der eigenen Persönlichkeit

Hier anzufügen wäre, dass Manipulation eine böswillige Täuschung ist. Sie macht sich Erkenntnisse aus der modernen Seelenheilkunde missbräuchlich zu Nutze. Sie greift den Menschen dort an, wo er sich selbst nicht versteht,

wo er «verführbar» ist. So kommt es vor, dass wir Dinge tun, obwohl wir es doch hätten wissen müssen ... Gegen solche wirkmächtigen Gefühle hat Aufklärung allein einen schweren Stand. Oft sind sie uns gar nicht unbewusst, aber wir verstehen sie nicht – wir verstehen nicht, was uns antreibt. Das hängt mit unserer persönlichen inneren Lebensgeschichte zusammen. Darum ist auch die Arbeit an der eigenen Persönlichkeit oder des Charakters wichtig, auf die der Autor hinweist. (S. 107) Ergänzend zu seinen Ausführungen sei hier angemerkt, dass es darum geht, unsere individuelle Erlebensweise und Reaktionsbereitschaft in ihren lebensgeschichtlichen Bezügen und vielleicht der eigenen Verletzlichkeit, die sich erst in spezifischen Anforderungssituationen zeigt, zu erkennen und zu verstehen. Da liegt das Arbeitsgebiet der Tiefenpsychologie, und darin liegt die politische Bedeutung unserer Gefühle.

Der Imperialismus

Unter diesem Titel befasst sich der Autor mit der Bedeutung des amerikanischen Imperiums als Besatzungsmacht Deutschlands und der versuchten weltweiten Vormachtstellung, die sich auch in der Einflussnahme auf Presse und Politik niederschlägt. Er führt dazu transatlantische Netzwerke, Denkfabriken und Politlobby-Organisationen an, in welche leitende Persönlichkeiten aus Politik und Medien eingebunden sind. Ein Beispiel dafür ist die Atlantikbrücke, aber auch zahlreiche andere, das «Who is Who» der deutschen Politik und Medienlandschaft. Der Autor zitiert den US-Militärstrategen Zbigniew Brzezinski, der in seinem 1997 erschienen programmatischen Buch «The Grand Chessboard» schrieb: «Die brutale Wahrheit ist, dass Westeuropa und in zunehmenden Masse auch Zentraleuropa ein amerikanisches Protektorat bleiben, bei dem die alliierten Staaten den antiken Vasallen und Tributpflichtigen gleichen.»

Das politische Handeln

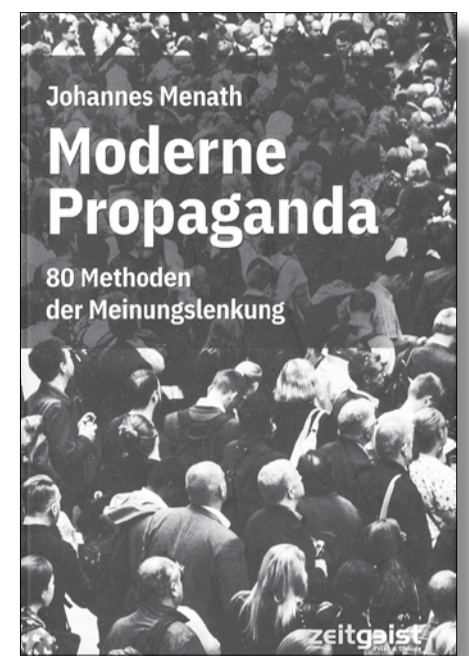
Die Analyse von Johannes Menath ruft zum Handeln auf. Er selbst sieht den Weg darin, sich zusammensetzen im Anliegen, der Manipulation einen Stopp zu setzen, und in der Forderung nach einer freien Diskussion. So könnten die grossen Bevölkerungsteile, denen alternative Informationsangebote unzugänglich oder fremd sind, durch prägnante Informationen auf den Missstand der gezielten Meinungslenkung hingewiesen werden. Zum Beispiel durch ein breit und wiederholt gestreutes Flugblatt, um in direkten Kontakt mit der Bevölkerung zu kommen und die Windmühlen der Meinungserzeugung ausser Kraft zu setzen. Der durch die Medien erzeugte Gegensatz Gut-Böse sollte ersetzt werden durch Aufgeklärt-Manipuliert und dadurch moralische Überlegenheit erhalten. So würde der Weg frei für eine öffentliche Diskussion, die ihren Namen verdiente. Heutige Medienlenkung verfolge Ziele, die den Interessen der eigenen Leserschaft widersprechen, schreibt der Autor in der Einleitung des Buches (S. 9), nämlich: «Wie bringt man die Bevölkerung eines Landes dazu, in einen Krieg zu ziehen, den es eigentlich nicht will? Wie bringt man sie dazu, ein Ziel zu verfolgen, das gegen ihre fundamentalen Interessen verstösst?» Ziele, welche die Grundlagen eines friedlichen menschlichen Zusammenlebens ignorieren.

Agenda setting – eine politische Agenda durchsetzen

ep. Es ist nicht zufällig, wenn ein Thema anscheinend unvermittelt gleichzeitig von allen Mainstream-Medien aufgegriffen wird, sondern es wird von ihnen bewusst auf die Tagesordnung gesetzt. Dieses Agenda setting (S. 24f.) bestimmt, welche Themen in den Fokus des medialen Diskurses gebracht werden sollen (und wovon gleichzeitig abgelenkt wird). Es spiegelt sich darin also kein gesellschaftliches Bedürfnis nach spezifischer Information, sondern die Vorgabe durch eine politische Agenda. Wer dieses Werkzeug der Meinungslenkung durchschaut, dem wird sicher auffallen, dass die aktuelle Berichterstattung über die Situation nach dem Erd-

beben in der Türkei und in Syrien sich fast ausschliesslich auf die Türkei beschränkte, während das Leid der syrischen Menschen «vergessen» ging bzw. zur Kritik an der syrischen Regierung genutzt wurde.

Agenda setting gehört auch zu den Manipulationstechniken, die genutzt werden, um eine Schmutzkampagne gegen eine missliebige Meinung, Person oder Gruppierung zu lancieren. Durch gleichzeitige, scheinbar unabhängige Kritik wird «Wahrheit» erzeugt, die nur noch von wenigen hinterfragt wird. Das gleiche Vorgehen kann natürlich auch genutzt werden, um eine Idee, eine Meinung oder ein Produkt zu lancieren.



ISBN 978-3-943007-42-8

ep. Johannes Menath (1993) studierte Chemieingenieurwesen in Erlangen und Nürnberg. Mit Freunden gründete er 2018 die Agora-Initiative, die sich mit der Aushebelung demokratischer Prinzipien durch psychologische Einflussnahme befasst und Aufklärung betreibt. Das vorliegende Buch ist das Ergebnis mehrjähriger Dokumentation und Recherche.

Mut, Klugheit, Zusammenhalt

«Heute ist Zeitvertreib für die Masse zur Normalität geworden» (S. 107), leitet der Autor das letzte Kapitel seines Buches ein. Doch mutet er den Menschen mehr zu als ein zielloses Leben, denn die Welt sei voller Herausforderungen, und neben dem politischen Handeln sei auch die Arbeit am eigenen Charakter etwas, was jeden Moment des Lebens sinnvoll ausfülle. Es gehe darum, an sich zu arbeiten, und was im ersten Moment als schwer erscheinen möge, werde leicht, wenn man den ersten Schritt gemacht und sich Neues zu eigen gemacht habe. «Das eigene Handeln Stück für Stück in eine fruchtbare Richtung zu lenken ist eine Aufgabe, die das eigene Leben kostbar und interessant werden lässt.» (S. 108) Der Mut, sich mit anderen und mit sich selbst zu konfrontieren, gehöre zu den wichtigsten Tugenden. Er bleibe jedoch ziellos ohne Klugheit. Nur dann werde das Handeln auch in die richtigen Bahnen gelenkt. Und der Autor verweist nochmals auf die klassische Literatur als wichtigen Wegweiser, weil in diesen Büchern die Erfahrungen der klügsten Menschen festgehalten seien, deren Ideen man kennen müsse. Menath schlägt vor, solche Werke gemeinsam in Lesegruppen durcharbeiten, was es nicht nur leichter mache, sondern auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärke. «Wer sich mit Menschen umgibt, mit denen man gut reden kann, der bringt viel geistige Bereicherung in sein Leben.» (S. 109) Und dieser Zusammenhalt wäre der dritte Schritt zu gestaltendem Wirken, basierend auf gemeinsamen Zielen und einer gemeinsamen (eventuell auch wiedergefundenen) Kultur.

Wichtige Persönlichkeiten ...

Den Schluss des Buches gestaltet der Autor mit einer kurzen Vorstellung wichtiger Persönlichkeiten, die sich mit Methoden des Machterhalts auseinandergesetzt haben, nach Themen geordneten Buchempfehlungen, einer umfassenden Literaturliste und längeren Originalzitaten von Alexis de Tocqueville, Aristoteles und Edward Bernays. Mit seinem Buch hat der Autor sein ursprüngliches Flugblatt in ein Buch überführt, das – weit verbreitet und gelesen – dazu dienen könnte, den Schleier der Meinungslenkung zu lüften und einen freien Diskurs zum Wohle aller Menschen möglich zu machen. Denn politische Manipulation greift in unser Gemeinschaftsleben ein. Ihr muss auch dort entgegengetreten werden. Deshalb müssen wir gemeinsam und öffentlich darüber sprechen. •

* Menath, Johannes. *Moderne Propaganda. 80 Methoden der Meinungslenkung*. Verlag Zeitgeist. Hör-Grenzhausen 2022. ISBN 978-3-943007-42-8

Der Einbruch des Imperialismus in die arabische Halbinsel: ‘Abd ar-Rahmān Munīf’s Roman «Salzstädte»

von Johannes Irsiegler

Die Dienerschaft Saudi-Arabiens gegenüber den USA bildete über Jahrzehnte einen wichtigen Grundstein der Dominanz des US-Dollars und damit des US-Imperialismus. Erdöl durfte nur in Dollar abgerechnet werden, und so war die Nachfrage nach dieser Währung unerschöpflich. Nach fast 90 Jahren scheint nun aber die Ära des Petrodollars zu Ende zu gehen. Die Staaten der Arabischen Halbinsel beginnen neuerdings, selbstbewusster nach ihren eigenen Interessen zu handeln. Sie richten sich vermehrt nach Osten und nicht nur nach dem Westen aus und versuchen, wirtschaftliche Beziehungen mit verschiedenen Weltregionen zu intensivieren. Es ist nicht zufällig, dass der Neubeginn der Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, der wirtschaftliche Prosperität und Frieden bringen kann, mit Hilfe chinesischer und omanischer Diplomatie erreicht wurde.

In dieser Situation lohnt es sich, auch den Anfang der Beziehung zwischen den Ländern der Arabischen Halbinsel und den USA zu beleuchten: den Einbruch des Imperialismus in die Arabische Halbinsel.

Hierzu liegt ein sehr lesenswerter Roman des saudiarabischen Schriftstellers ‘Abd ar-Rahmān Munīf (1933–2004) mit dem Titel «Salzstädte» vor, erstmals 1984 in arabischer Sprache publiziert. «Salzstädte» ist der erste ins Deutsche übersetzte Band einer Reihe von fünf Romanen mit dem gleichnamigen arabischen Gesamttitle «Mudun al-milh» («Salzstädte»). Dieser erste Band ist in westliche Sprachen übersetzt und so auch nicht arabisch sprechenden Lesern zugänglich. Munīf gilt als einer der bedeutendsten arabischen Romanschriftsteller und als eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten der zeitgenössischen Weltliteratur. Neben dem ägyptischen Literaturnobelpreisträger Naḡīb Mahfūz wird er als einer der zwei Patriarchen der arabischen Literatur bezeichnet. Munīf’s Popularität blieb aber auf den arabischen Raum beschränkt, und sein Werk wurde nur teilweise in europäische Sprachen übersetzt. Diese fehlende Resonanz im westlichen Sprachraum auf einen der renommiertesten arabischen Romanciers und bekanntesten Intellektuellen ist wohl nicht zufällig.

In seinem Gesamtwerk deckt ‘Abd ar-Rahmān Munīf die historischen Lügen auf, auf denen die Dynastie der Sa‘ūdīs ihre Legitimität aufgebaut hat, und zeichnet ein Porträt ihrer beständigen Unterwürfigkeit gegenüber den ausländischen Herrschern und ihrer Sabotage jeglicher wirtschaftlicher oder politischer Unabhängigkeitsbestrebungen im eigenen Land und in der arabischen Welt. Dabei geht er auch mit der Rolle des Westens bei der Unterdrückung jeglichen sozialen Fortschritts in der Region ins Gericht.

Vergebene Hoffnung auf positive Wirkung der Ölindustrie

Der Autor sagt, es gehe ihm um «die langwierigen und schwierigen Geburtswehen bei der Entstehung der Ölindustrie auf der Ara-

bischen Halbinsel [...], und wie man sich erhofft hatte, dass diese Ressource [...] der Zukunft kommender Generationen einen positiven Ausblick verleihen würde».¹ Es sollte leider anders kommen.

Historisch steht am Anfang die Vergabe der Konzessionen für Erdölbohrungen an die amerikanische Erdölfirma *Standard Oil of California SOCAL* im Mai 1933. Die amerikanische Firma hatte dem zu diesem Zeitpunkt sehr verschuldeten König *Ibn Sa‘ūd* mehr geboten als die britische Konkurrenz. Das enge Bündnis zwischen den saudischen Herrschern und den USA prägte in der Folge die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung, trug aber auch dazu bei, dass die Arabische Halbinsel kulturell und gesellschaftlich über Jahrzehnte rückständig blieb. Die Chancen, welche der Reichtum an Erdöl der Arabischen Halbinsel hätte bringen können, konnten wegen der Rückschrittlichkeit der regierenden Regime in den Erdölländern und wegen der Komplizenschaft der westlichen Länder und ihres Egoismus nicht für die Menschen genutzt werden.

Inhaltlich erzählt Munīf die Geschichte aus Sicht der einfachen Menschen, die einem traumatischen sozialen Prozess ausgeliefert sind, der die Gesellschaft der Arabischen Halbinsel als Folge der Erdölfunde erschüttert. Die alten Stammesstrukturen werden mit Panzern und Geheimpolizei zerstört, gigantische Korruption findet sich mit politischer Unterdrückung zusammen, extremes Konsumverhalten verschmilzt mit Bigotterie und Heuchelei. Zum Titel in einem Interview befragt, erläutert Munīf: «Salzstädte sind Städte, die keine nachhaltige Existenz bieten. Wenn das Wasser kommt, werden die ersten Wellen das Salz abtragen und diese grossen Glasstädte zu Staub zerfallen lassen. In der Antike sind, wie Sie wissen, viele Städte einfach verschwunden. Es ist möglich, den Untergang von Städten, die unmenschlich sind, vorherzusehen.»² Der Handlungszeitraum des ersten Bandes lässt sich konkret zwischen 1933, dem Zeitpunkt der erstmaligen Entdeckung von Öl in der arabischen Oase ‘*Ain Dār*, bis 1953, den Streikereignissen in der arabischen Hafenstadt *Zahrān* festlegen. Dennoch hat der Roman etwas Zeitloses und Allgemeingültiges.

Tradition der arabischen Geschichtenerzähler

Munīf verzichtet auf eine einzige Hauptperson und nimmt den Leser in ein Nebeneinander von einzelnen Lebensschicksalen mit, die alle einen Bezug zueinander haben. Damit steht er in der Tradition der arabischen Geschichtenerzähler. Themen wie der Einbruch der Moderne und der Technik in eine vor-moderne Kultur, kulturelle Entwurzelung und kulturelle Hegemonie sowie die Etablierung des autoritären Prinzips in den Beziehungen stellt Munīf exemplarisch am Leben der Mitglieder einer menschlichen Gemeinschaft dar, die durch die Entdeckung des Öls in ihren Grundfesten erschüttert wird.

«Salzstädte» beginnt in einer Oase inmitten der arabischen Wüste, in welcher eine beduinische Gemeinschaft ein traditionelles Leben im Einklang mit ihrer Umgebung führt. Es ist ihre Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die den Bewohnern das Gefühl von Stärke und Sicherheit verleiht. Jahre des Überflusses wechseln mit Jahren der Not. Doch die Bewohner des *Wādī* trotzen den schweren Bedingungen, die ihnen die Natur abverlangt, und führen ein zufriedenes Leben, weil sie eine Gemeinschaft sind, in der sich die Einzelnen unterstützen. Plötzlich aber tauchen Fremde in der Oase auf, und das Leben ihrer Bewohner wird sich grundlegend verändern. Was wollen die Fremden, Christen, die noch dazu arabisch sprechen? Sie geben an, nach Wasser zu suchen. Das stimmt die Bewohner misstrauisch. «Sie waren den ganzen Tag geschäftig, suchten die entlegensten Orte auf, sammelten die abwegigsten Dinge und verwendeten Geräte aus Eisen, von denen kein Mensch wusste, wozu sie gut sein sollten. Wenn sie abends zurückkehrten, schleppten sie Säcke voller Sand und Steine mit sich. [...] Doch damit nicht genug, an vielen Stellen steckten sie

Markierungen aus Holz oder Metall in den Boden, beschrifteten sie und kritzelten etwas in ihre Hefte, die sie ständig mit sich führten.»³ Die Beduinen wissen nicht, dass sie es mit amerikanischen Forschern zu tun haben, die nach Öl suchen. Das Fremde bricht mit voller Wucht in das Leben der Menschen ein: «Binnen weniger Tage veränderte sich alles in *Wādī al-Ujun*: die Menschen, die Natur und die Tiere. Denn kaum waren der Ausländer, seine Helfer und seine Begleiter im *Wādī* angekommen, da folgten ihnen einige Tage später bereits unzählige nach. Menschen aller Hautfarben und unterschiedlichsten Körperbaus: kleine dicke Rotschöpfe, Grosse, die mühelos jede Frucht direkt vom Baum hätten pflücken können, Schwarze, so dunkel wie die Nacht, Blonde und Rothaarige, deren Aussehen einen das Fürchten lehren konnte mit ihren blauen Augen und einer Haut, so rot wie ein gehäuteter Hammel.»⁴ Der Rhythmus des Lebens verändert sich. Die Menschen in der Oase haben derartiges noch nie gesehen. Ein Camp wird gebaut, Zäune aus Draht werden gezogen, Maschinen donnern und versetzen alle Bewohner in Angst und Schrecken.

Keine Rücksicht auf die Einheimischen

Die Ausländer nehmen keine Rücksicht auf die Sitten der Einheimischen. Als letztere sich schliesslich bei ihrem Emir beschwerten, stellt sich heraus, dass dieser mit den Amerikanern Geschäfte gemacht hat. Den Bewohnern der Oase geht es letztendlich um ihre Freiheit, sie wollen keinen, der ihnen sagt, was sie zu tun und zu lassen haben. Der Emir aber hat dafür kein Gehör mehr. Er hat sich an die Ausländer verkauft und vertritt nicht mehr die Interessen seines eigenen Stammes. Gelockt wurde er mit dem Versprechen von Reichtum und Macht, gegeben wurden ihm schliesslich ein Radio, ein Telefon und ein Fernrohr, mit dem er den ganzen Tag halbnackte amerikanische Frauen auf einem ihrer Schiffe vor der Küste anschauen kann. Ausdrucksstark beschreibt Munīf die Zerstörung der Oase, wie die Maschinen «wie hungrige Wölfe auf die Palmen und Feigenbäume stürzten, sie zu zerreissen begannen und sie, einen nach dem anderen, zu Boden warfen. Wie sie danach den Boden platt walzten und die Bewässerungsgräben zuschütteten. [...] Die Bäume neigten sich und taumelten, ehe sie zu Boden fielen, sie schrien, klagten verzweifelt, stiessen einen letzten schmerzlichen Ruf aus. Sie stürzten herab, streckten flehentlich die Arme aus, als protestierten sie.»⁵ Es ist ein Gemetzel, das erst endet, als alles vernichtet ist.

Vertreibung aus dem Paradies

Die Oase ist zerstört und damit die Lebensgrundlage ihrer Bewohner. Die Quelle ihres Lebens muss einer Ölförderanlage weichen. Die einst stolzen Bewohner werden aus ihrem Paradies vertrieben und ziehen ziellos dahin. Ihr Schicksal ist Verzweiflung, Krankheit und sogar der Tod. Denjenigen, die bleiben, um sich als Arbeiter im neu errichteten Camp zu verdienen, ergeht es nicht besser. Sie leben zusammengedrängt in Zelten und Baracken. Die einst freien Menschen werden zu Arbeitssklaven degradiert.

Ein Teil der arbeitsfähigen Bewohner zieht auf Arbeitssuche in den Küstenort *Harrān*, der von den amerikanischen Besatzern als Ölhafen vorgesehen wird. Hier beginnt ein neuer Erzählstrang. Auch hier bricht der Imperialismus in Form der Ölindustrie über die Bewohner herein. Ihre Häuser werden abgerissen und machen einem Camp Platz. Die Bewohner werden auf einem benachbarten Hügel in Zelten untergebracht. Ihren wertvollsten Besitz, ihre Kamele und Hengste, müssen sie verkaufen. Autoritäres Denken und Handeln beginnen, immer mehr Raum einzunehmen, sichtbar vor allem in der Beziehung zwischen den Amerikanern und den Arabern. Die Araber sind die neuen Sklaven der Amerikaner. Die Amerikaner sind die Herren, sie zwingen die Araber zur harten Arbeit, sie missachten und verspotten sie. Aus aller Welt werden nun Arbeitssklaven angeheuert, die für jeden Hungerlohn arbeiten. Sie werden in die Camps eingesperrt, die mit Stacheldraht gesichert sind. Ihnen werden Fin-



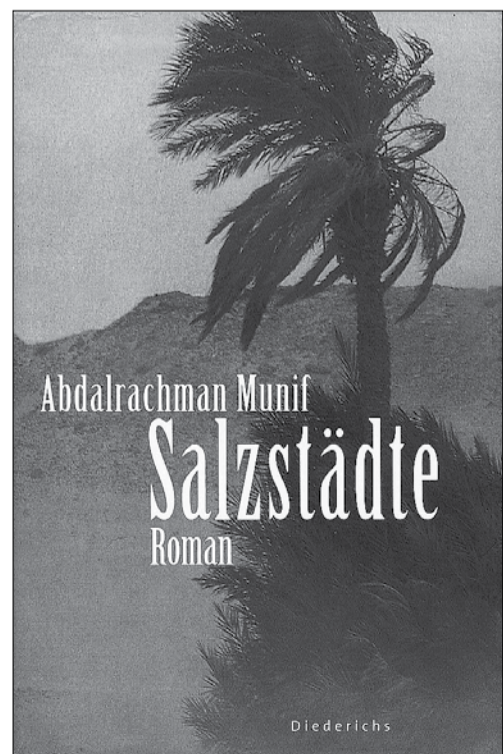
‘Abd ar-Rahmān Munīf (Bild zvg)

gerabdrücke abgenommen. Es besteht kein direkter Kontakt mehr zwischen den Amerikanern und den Arbeitern. Alles läuft über die sogenannte Personalverwaltung, das heisst, über arabische Kollaborateure der Amerikaner und des korrumpierten Emirs.

Gemeinschaft von Gleichen durch Macht zerrissen

Äusserst bewegend schildert der Autor die Schicksale einzelner Menschen, die ihr Glück in *Harrān* suchen. Munīf gelingt es dabei meisterhaft, im Leser Mitgefühl für die verlorenen Existenzen an diesem unbarmherzigen Ort zu wecken. Der Leser kann die Vorgänge aus der Sicht dieser Menschen nachvollziehen und lebt so ganz mit ihnen mit. Das macht diesen Roman so wertvoll. Er erlaubt dem Leser die Perspektive dieser Menschen ein- und sie als Mitmenschen wahrzunehmen. Der Leser fiebert mit den offensichtlichen Verlierern der sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse, aber auch mit den vermeintlichen Gewinnern. In der zunehmend kapitalistischen Gesellschaft geht das Wertvollste verloren, was das alte Stammesverhältnis der Araber prägte, nämlich das Gefühl, einer Gemeinschaft von Gleichen anzugehören. Es macht einer Klassengesellschaft Platz, in der alle Beziehungen von Macht durchzogen und schliesslich zerrissen werden. Das zutiefst autoritäre und rassistische amerikanische Modell des Oben und Unten kann sich aber nicht gänzlich durchsetzen, da es dem kulturellen Empfinden dieser Menschen widerspricht – und auch der menschlichen Natur. Am Ende revoltieren die Arbeiter. Der friedliche Protest wird aber mit Hilfe der Amerikaner blutig niedergeschlagen. Der Emir verfällt in einen Wahn und wird an einen unbekannt Ort gebracht.

Munīf’s Roman stärkt das Mitgefühl mit diesen Menschen. Es geht ihm aber noch um mehr. Er bemerkt an anderer Stelle: «Am Ende des 20. Jahrhunderts, nachdem die Vereinigten Staaten die Mehrheit der Ressourcen der Welt unter ihrer Kontrolle haben, wollen sie nun auch über den Intellekt und die Gedanken verfügen und sie kontrollieren.»⁶ Das Buch ist deshalb auch Zeugnis eines Intellektuellen, der das Problem der Hegemonie in all seinen Facetten verstanden und beleuchtet hat und klar gegen das Hegemonialstreben der westlichen Mächte Stellung bezieht. Ein in jeder Hinsicht sehr lesenswertes Buch. Es ist in deutscher Sprache momentan nur antiquarisch erhältlich.



ISBN 3-7205-2425-6

¹ Munīf, ‘Abd ar-Rahmān. *Baina al-ṭaqāfa wa-s-siyāsa* (Zwischen Kultur und Politik). Casablanca: Al-markaz al-ṭaqāfī al-‘arabī. 1998, S. 133 (eigene Übersetzung)

² Ali, Tarik. «Exile and the Kingdom». In: *The Nation* vom 1.3.2004. (2004), S. 34

³ Munīf, ‘A., *Salzstädte* (2003), S. 32

⁴ ebenda, S. 65

⁵ ebenda, S. 99

⁶ Munīf, ‘Abd ar-Rahmān. *Baina al-ṭaqāfa wa-s-siyāsa* (Zwischen Kultur und Politik). Casablanca: Al-markaz al-ṭaqāfī al-‘arabī. 1998, S. 6/7 (eigene Übersetzung)